

Restriktive Finanzpolitik weiterhin im Aufwind

SCHLUSSBERICHT "FINANZMONITOR 2010"

Projektteam:

Claude Longchamp, Institutsleiter, Politikwissenschaftler

Matthias Bucher, Projektleiter, Sozialpsychologe

Stephan Tschöpe, Projektassistent

Silvia-Maria Ratelband-Pally, Administratorin



Inhaltsverzeichnis

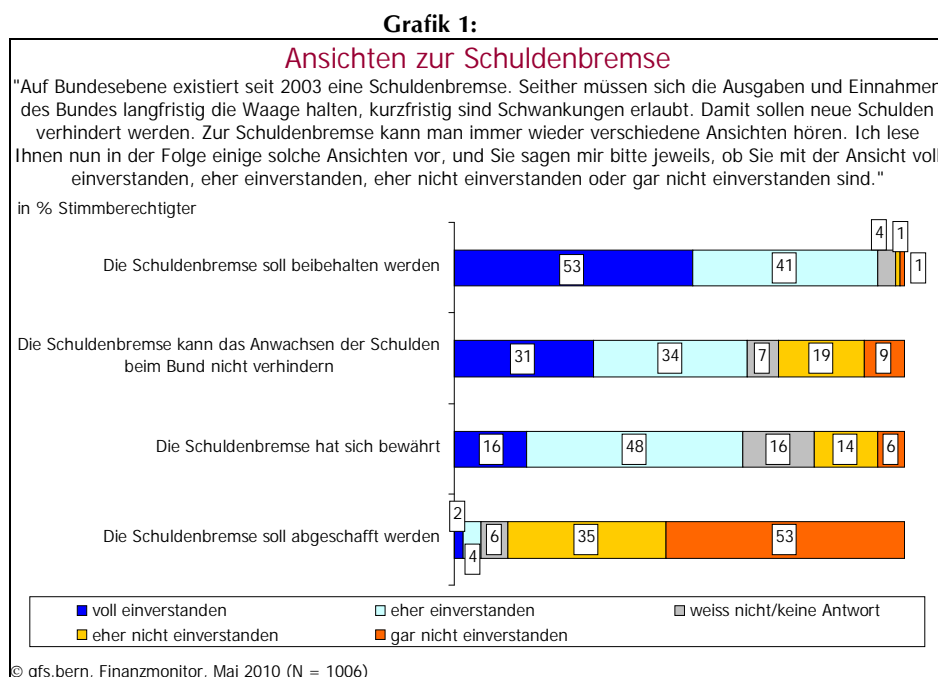
DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE ZUM FINANZMONITOR 2010	3
1. DIE EINLEITUNG	12
1.1. DAS MANDAT	12
1.2. DIE ZIELSETZUNGEN	12
1.3. DAS DESIGN	12
1.4. DAS KLIMATISCHE UMFELD DER AKTUELLEN BEFRAGUNG UND DIE AKTUELLEN ARBEITSHYPOTHESEN	14
1.5. DIE AUSWERTUNGSMETHODEN	16
1.6. DAS FORSCHUNGSTEAM	16
2. DIE BEFUNDE	17
2.1. DIE ÜBERSICHT	17
2.2. SCHWERPUNKTTHEMA 2010: DIE SCHULDENBREMSE	17
2.2.1. <i>Die Beurteilung der Schuldenbremse</i>	17
2.2.2. <i>Keine Schuldenbremse für die Sozialversicherungen</i>	18
2.2.3. <i>Zwischenbilanz</i>	20
2.3. DIE GRUNDSTIMMUNG IN STEUER- UND FINANZFRAGEN	21
2.3.1. <i>Die subjektiv empfundene Steuerbelastung</i>	21
2.3.2. <i>Ausgewählte Haltungen zum Steuern zahlen</i>	23
2.3.3. <i>Austauschrelation Bürger/Staat</i>	24
2.3.4. <i>Zwischenbilanz</i>	26
2.4. DIE EINSTELLUNG ZU DEN ÖFFENTLICHEN FINANZEN	27
2.4.1. <i>Aufgaben- und Ausgabenprobleme</i>	27
2.4.2. <i>Die Beurteilung genereller finanzpolitischer Strategien</i>	30
2.4.3. <i>Spar- und Ausgabenbereiche</i>	32
2.4.4. <i>Prioritäten bei Defiziten respektive Überschüssen im Staatshaushalt</i>	36
2.4.5. <i>Zwischenbilanz</i>	38
2.5. DIE BEURTEILUNG DER AKTEURE IN DER FINANZ- UND STEUERPOLITIK	40
2.5.1. <i>Die Glaubwürdigkeit der Akteure im Überblick</i>	40
2.5.2. <i>Zwischenbilanz</i>	43
3. DIE SYNTHESE	44

Das Wichtigste in Kürze zum Finanzmonitor 2010

Der Finanzmonitor versteht sich als Untersuchung, welche im Jahresrhythmus zuverlässig über relevante Fragen der Finanzpolitik der Schweiz aus Sicht der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger informieren will. Er wird vom Forschungsinstitut gfs.bern für den Dachverband der Schweizer Wirtschaft economiesuisse durchgeführt.

Die Beurteilung der Schuldenbremse

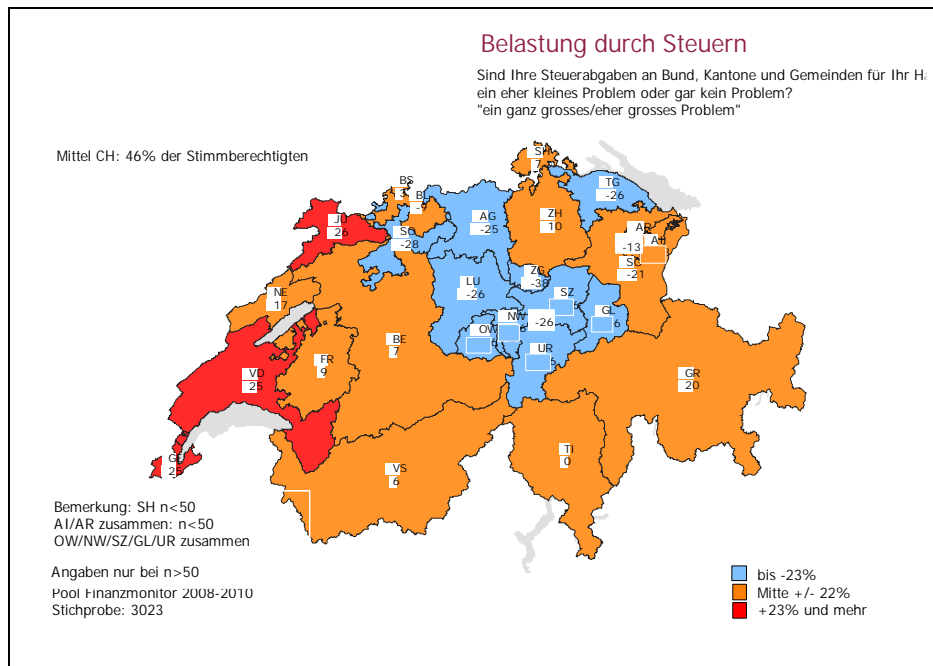
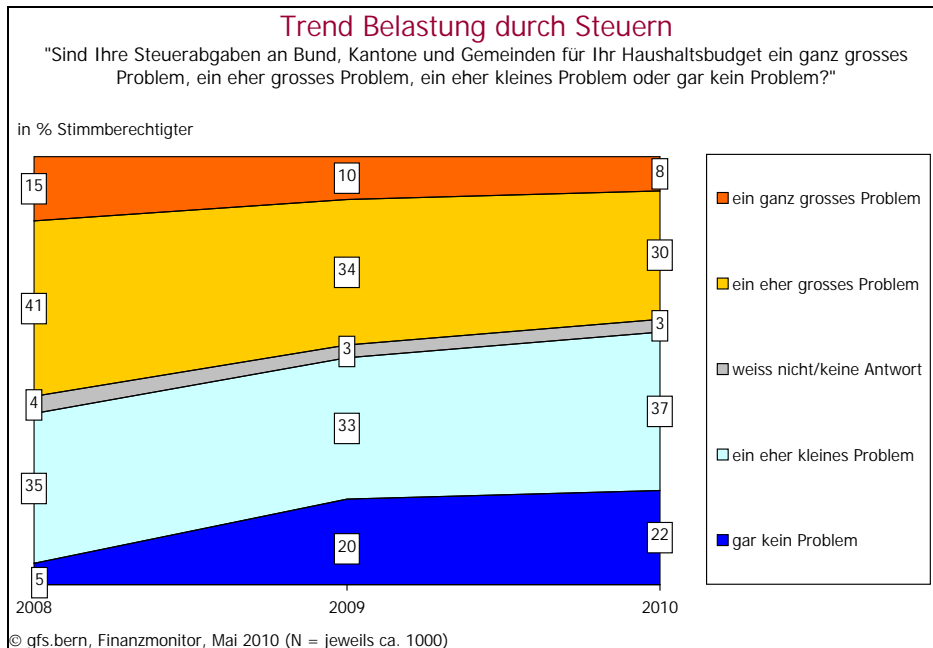
Sieben Jahre nach ihrer Einführung ist die Schuldenbremse bei den Schweizer Stimmberechtigten sehr populär: So votieren insgesamt 94 Prozent der Befragten mehr oder weniger dezidiert für ihre Beibehaltung, nur gerade sechs Prozent wünschen sich eine Abschaffung. Diese hohe Zustimmung zur Schuldenbremse geht dabei durch alle Parteilager, Einkommenschichten und Sprachregionen. Rund zwei Drittel der Stimmberechtigten sind zudem der Meinung, dass sich die Schuldenbremse bisher bewährt hat. Gleich viele sind aber auch der Ansicht, dass sie das weitere Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern kann.



Die subjektiv empfundene Steuerbelastung

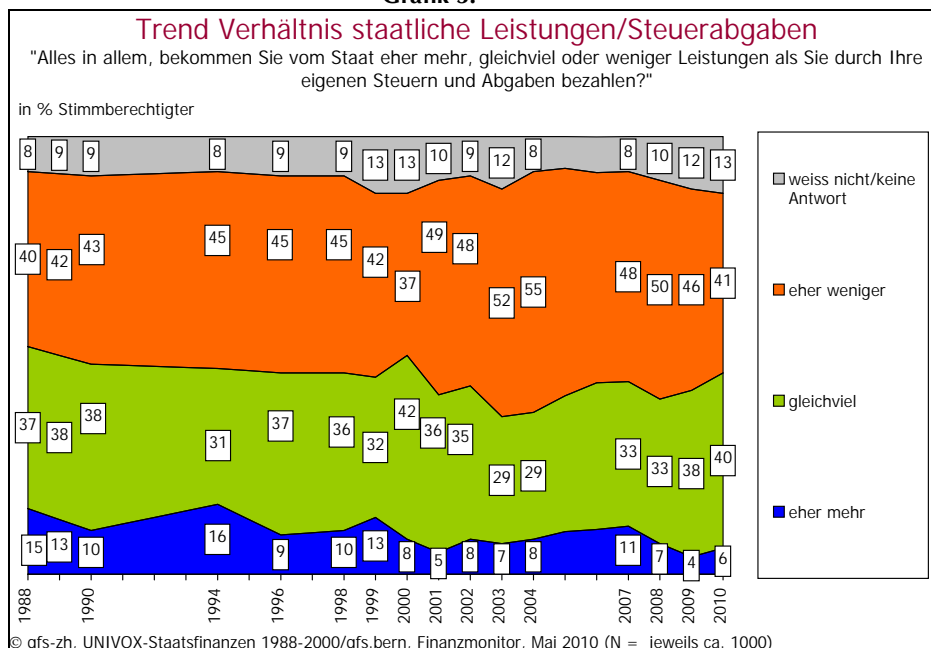
Die subjektiv empfundene Belastung des Haushaltsbudgets durch die Steuern wird von der Mehrheit der befragten Stimmberechtigten (59%) aktuell als eher kleines oder gar kein Problem bezeichnet. Grössere Probleme beim Begleichen der Steuern berichten insgesamt 38 Prozent der Stimmberechtigten, 8 Prozent empfinden die Steuerlast als sehr grosses Problem. Im Zeitvergleich betrachtet ist die Häufigkeit der Klagen über die Steuerbelastung kontinuierlich zurückgegangen, vor zwei Jahren empfand noch eine Mehrheit der Befragten die Steuerabgaben als ein grosses Problem.

Grafik 2:



Die subjektiv wahrgenommene Steuerbelastung hängt aber stark von der Sprachregion beziehungsweise vom Kanton ab. Das nach Kantonen aufgeschlüsselte und in der oben stehenden Karte dargestellte Bild der regional unterschiedlichen Beurteilung der Steuerbelastung verweist auf sprachregionalen Unterschiede bei der Beurteilung der subjektiv empfundenen Steuerbelastung. Überdurchschnittlich häufig wird die Steuerbelastung in den rot dargestellten Kantonen Jura, Waadt und Genf beklagt. Durchschnittlich ausgeprägt ist die subjektiv empfundene Steuerbelastung in den orange eingefärbten Kantonen, klar unterdurchschnittlich in den blau dargestellten Kantonen Aargau, Solothurn, Thurgau, Luzern, Zug und der Region "Innerschweiz" (hier: OW, NW, SZ, GL, UR).

Grafik 3:

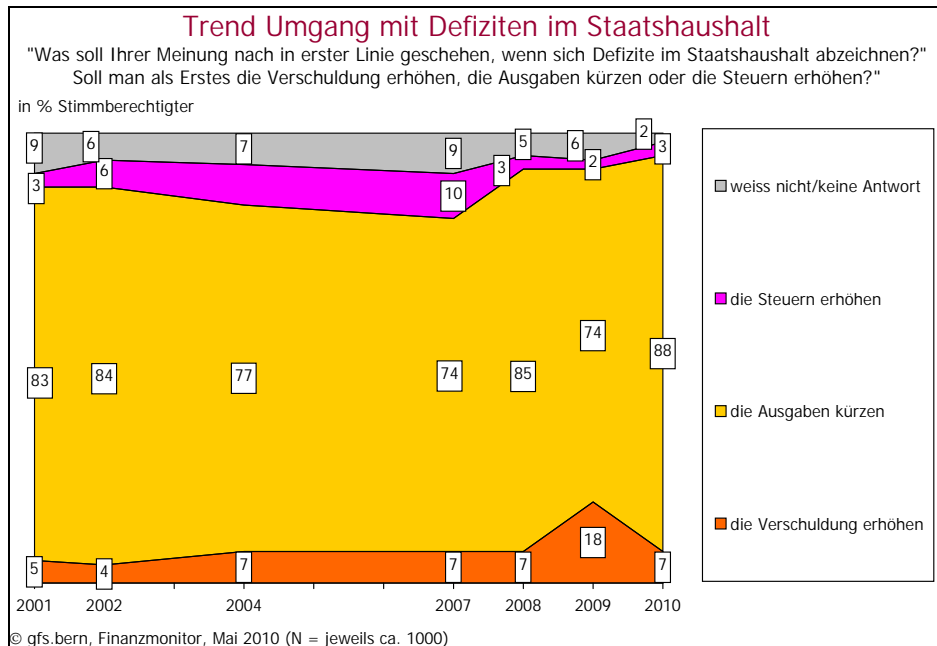


Die Austauschrelation zwischen Individuum und Staat wird von 41 Prozent der befragten Stimmberechtigten skeptisch beurteilt. Diese Gruppe zieht für sich die Bilanz, vom Staat insgesamt weniger Leistungen zu beziehen als es denn aufgrund ihrer durch Steuern und Abgaben geleisteten Zahlungen entspricht. Dem gegenüber steht mit 40 Prozent ein annähernd gleich grosser Bevölkerungsanteil, der das Verhältnis von staatlichen Leistungen und persönlichen Steuerabgaben im Gleichgewicht sieht. Die Ergebnisse zu dieser Fragestellung verändern sich nur langsam. Kurzfristig betrachtet ergeben sich aber immer wieder Schwankungen. So auch dieses Jahr. Sie sprechen für eine minimal verbesserte Beurteilung der Austauschrelation als im vergangenen Jahr, so hat sich der Anteil derjenigen, die das Gefühl haben, weniger als geleistet zu bekommen, um fünf Prozentpunkte verringert.

Prioritäten bei Defiziten respektive Überschüssen im Staatshaushalt

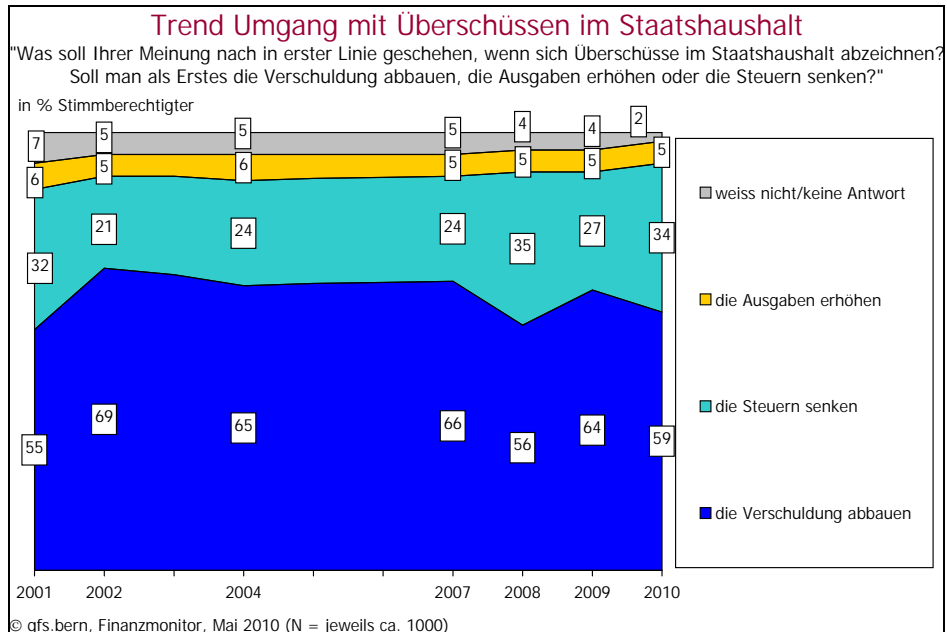
Der Budgetdisziplin wird von den Stimmberechtigten weiterhin ein grosser Wert beigegeben. Wenn sich im Staatshaushalt Defizite ankündigen, soll nach Meinung der grossen Mehrheit in erster Linie gespart werden. Für eine weitere Verschuldung des Staates sprechen sich lediglich sieben Prozent aus und nur drei Prozent möchten in diesem Fall, dass die Steuern erhöht werden.

Grafik 4:



Etwas weniger klar ist, was bei Überschüssen geschehen soll: Schliesst die Staatsrechnung in den schwarzen Zahlen, sind 59 Prozent der Befragten in erster Linie für den Schuldenabbau, ein Drittel votiert aber für Steuererlasse. Klar ist, dass eine Erhöhung der Ausgaben in diesem Fall keine Option ist; hierfür sprechen sich lediglich 5 Prozent aus.

Grafik 5:



Die Beurteilung genereller finanzpolitischer Strategien

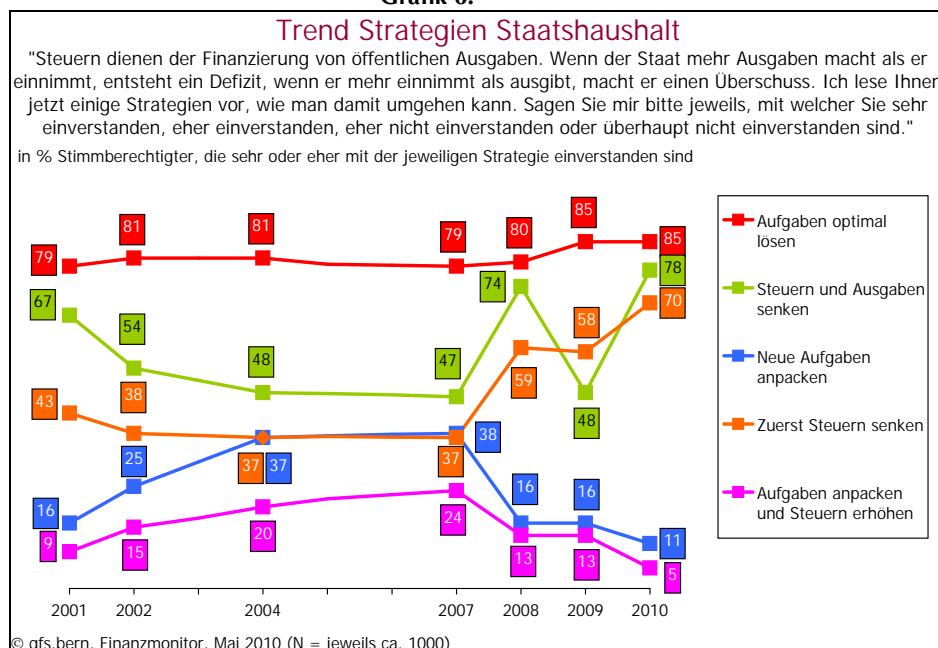
Unter den Schweizer Stimmberechtigten herrscht in Bezug auf die generellen finanzpolitischen Strategien nach wie vor weitgehende Einigkeit. Im Vergleich zu den letzten Jahren ist der Konsens, dass Steuererhöhungen nicht opportun sind und im Gegenteil die Steuern und Ausgaben eher gesenkt werden sollten, sogar noch stärker geworden.

So sind gegenüber dem Vorjahr insgesamt unveränderte grossmehrheitliche 85 Prozent der befragten Stimmberechtigten voll oder eher mit der Meinung einverstanden, dass man die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen sollte.

Mit 78 Prozent der Stimmberechtigten ist eine annähernd gleich grosse Mehrheit auch mehr oder weniger stark der Ansicht, dass man gleichzeitig die Steuern und die staatlichen Ausgaben vermindern sollte. Damit erreicht diese Haltung nach einem zwischenzeitlichen Einbruch im vergangenen Jahr wieder einen ähnlich hohen Zustimmungsgrad wie 2008.

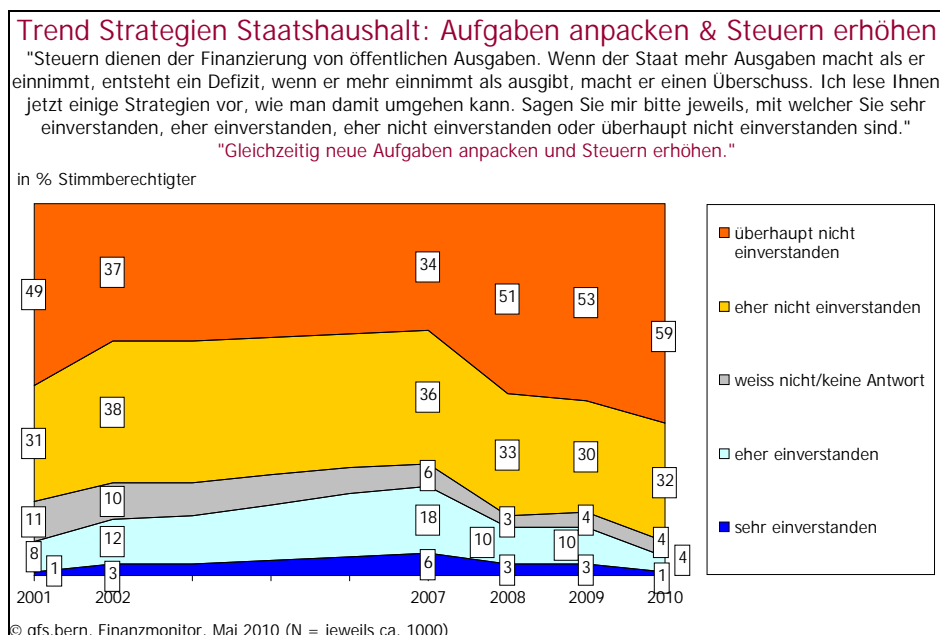
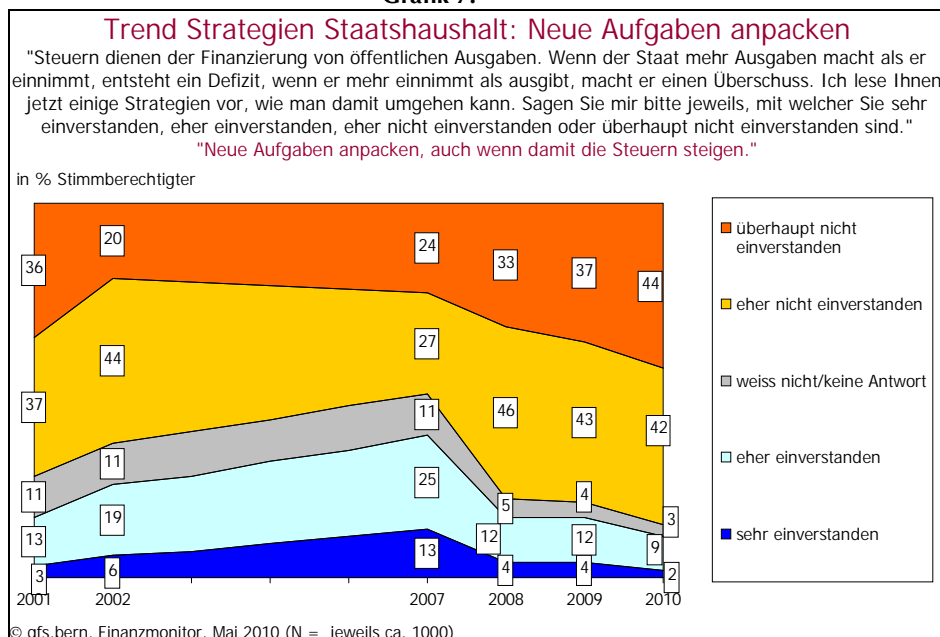
70 Prozent der Stimmberechtigten können sich sogar eine vorzeitige Steuersenkung vorstellen, um so den Spardruck bei den Staatsausgaben zu erhöhen. Die Zustimmung zu dieser restriktiven finanzpolitischen Strategie hat sich in den letzten drei Jahren kontinuierlich erhöht, der Zuwachs an zustimmenden Stimmen beträgt allein im Vergleich zum letzten Jahr 12 Prozentpunkte.

Grafik 6:



Dementsprechend hat sich auch die bereits in den letzten Jahren marginale Minderheit an Stimmberechtigten weiter verringert, die der Ansicht ist, dass der Staat bisher vernachlässigte Aufgaben ohne Rücksicht auf dabei allenfalls notwendigen Steuererhöhungen anpacken sollte. Aktuell stimmen hier noch 11 Prozent zu, während 86 Prozent widersprechen. Noch geringer ist mit lediglich 5 Prozent der Anteil Stimmberechtigter, die neue Aufgaben anpacken wollen und gleichzeitig die Steuern erhöhen wollen.

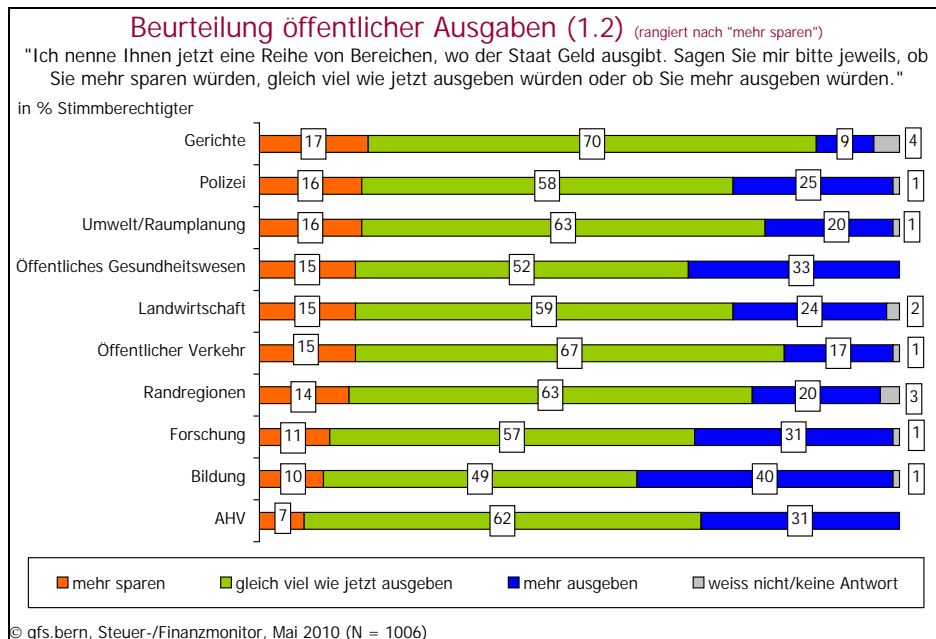
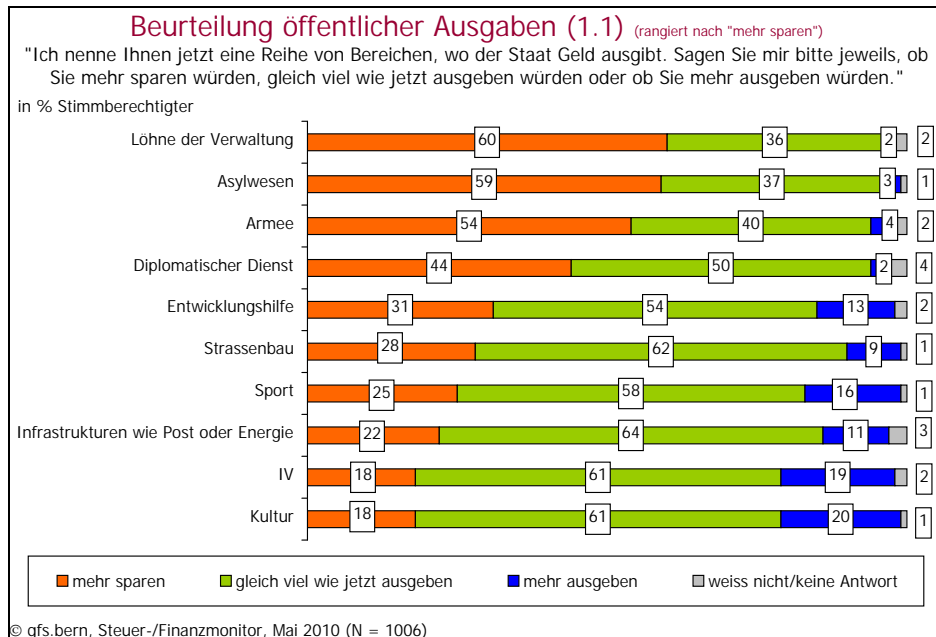
Grafik 7:



Spar- und Ausgabenbereiche

Die Löhne der Verwaltungsangestellten, das Asylwesen und die Armee. Das sind die Bereiche bei denen eine Mehrheit der befragten Stimmberechtigten den Hebel ansetzen würde, um bei den Staatsausgaben zu sparen. Mehrausgaben sind hingegen in keinem der hier abgefragten Bereiche mehrheitsfähig.

Grafik 8:



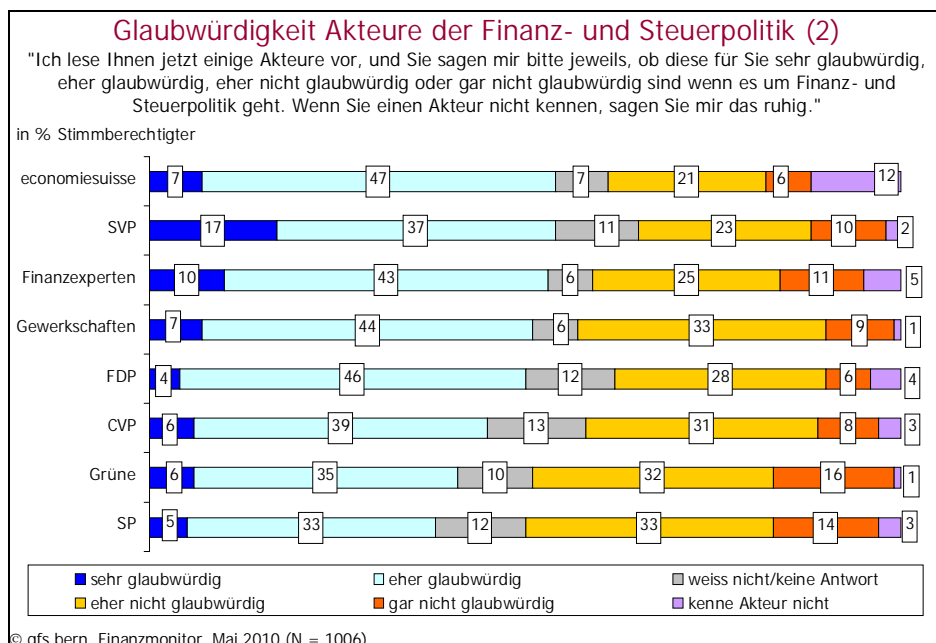
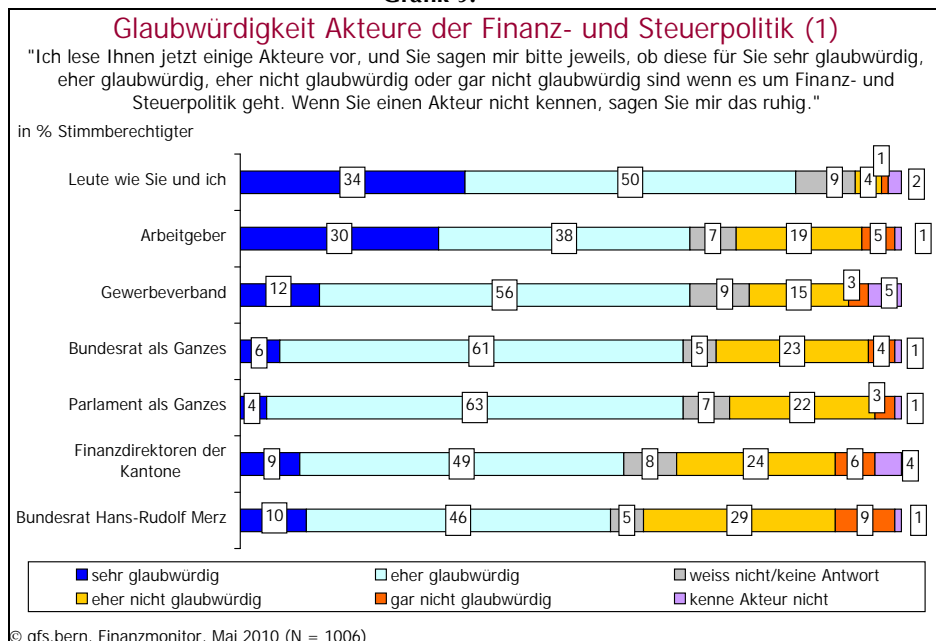
Im Vergleich zum vergangenen Jahr haben sich die Bevölkerungsanteile, die für sich für eine Verringerung der Ausgaben einsetzten, leicht verkleinert. Am stärksten trifft dies auf die Gerichte (– 11 Prozentpunkte), den Strassenbau (– 9 Prozentpunkte) und die Polizei (– 8 Prozentpunkte) zu. Es gibt aber auch Bereiche, wo die bevölkerungsseitige Sparneigung zugenommen hat. Dies betrifft insbesondere die Löhne der Verwaltung (+ 10 Prozentpunkte) und in eingeschränktem Masse aber auch die Ausgaben für die Bildung (+ 4 Prozentpunkte) sowie für die Forschung und die Randregionen (jeweils + 3 Prozentpunkte).

Die Beurteilung der Glaubwürdigkeit der Akteure in der Finanz- und Steuerpolitik

Weiterhin sind nach Ansicht der meisten Befragten "Leute wie Sie und ich" – also die Bürger und Bürgerinnen selbst – die mit Abstand glaubwürdigsten Akteure bei Fragen der Finanz- und Steuerpolitik. Insgesamt 84 Prozent der Befragten schreiben ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern hier Glaubwürdigkeit zu. Es folgen im Ranking bürgerlich geprägte

Interessenvertreter wie die Arbeitgeber und der Gewerbeverband, welche von insgesamt 68 Prozent der Befragten als glaubwürdig eingeschätzt werden. Praktisch gleiche viele Befragte betrachten auch die nationale Exekutive (66%) und Legislative (67%) als glaubwürdig. Mit 58 beziehungsweise 56 Prozent etwas zurückversetzt folgen die FinanzdirektorInnen der Kantone sowie der Finanzminister Hans-Rudolf Merz, leicht vor der economiesuisse (54%) und den Finanzexperten (53%). Weiter hinten liegen die Gewerkschaften (41%). Die politischen Parteien liegen mit Ausnahme der SVP, die als einzige Partei mit 54 Prozent noch klar mehrheitlich als glaubwürdig in finanzpolitischen Fragen betrachtet wird, noch weiter zurück.

Grafik 9:



Im Vergleich zu 2009 konnten vor allem die nationalen politischen Behörden sowie die Finanzdirektoren der Kantone sowie die Finanzexperten etwas an Glaubwürdigkeit zulegen. Die Verliererinnen des Jahres sind die Gewerkschaften, die am Anfang der Finanzkrise noch Aufwind verspürten, im Jahresvergleich nun aber 20 Prozentpunkte verloren

haben. Insgesamt am wenigsten Glaubwürdigkeit wird der SP und den Grünen zugeschrieben.

Zur Methode

Die Ergebnisse der Befragung zum Finanzmonitor basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1'006 Stimmberechtigten aus der ganzen Schweiz, welche gfs.bern im Auftrag der economiesuisse durchgeführt hat. Die Befragung wurde zwischen dem 25. April und 16. Mai 2010 mittels persönlicher Face-to-Face-Interviews realisiert. Die Stichprobenbildung erfolgte in allen drei Sprachregionen nach einem Quotenverfahren, wobei Geschlecht und Alter für die Interviews an den angegebenen Befragungsorten aufgrund der Verteilungen in der Volkszählung von 2000 vorgegeben waren. Die Resultate sind repräsentativ für die Schweizer Stimmberechtigten.

1. Die Einleitung

1.1. Das Mandat

Monitore sind Informationssysteme, die der längerfristigen Beobachtung dienen. Sozialwissenschaftliche Monitoring wird betrieben, um über die Entwicklung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Verhältnisse und Prozesse umfassend und zuverlässig informiert zu sein.

Der Finanzmonitor, den das Forschungsinstitut gfs.bern für die economiesuisse erstellt, beabsichtigt über relevante Fragen der Finanzpolitik im Quer- und Längsschnittvergleich aus der Sicht der Stimmberechtigten Auskunft zu geben.

1.2. Die Zielsetzungen

Der Finanzmonitor soll langfristig die nachstehenden Schwerpunkte untersuchen:

- die Beurteilung der eigenen Steuern und der eigenen Steuerlast,
- die generelle Beurteilung der Steuerpolitik, des Umgangs der öffentlichen Hand mit den Einnahmen, des Ausgabenverhaltens und der individuell wahrgenommenen Austauschrelation,
- die Aus- und Abbaupotentiale bei den öffentlichen Finanzen nach Bereichen und generell sowie
- das Bild der finanzpolitischen Akteure.

Diese Informationen werden jährlich erhoben, gesichtet, analysiert und publiziert. Die erste Erhebung nach diesem Muster wurde im Jahr 2008 durchgeführt.

1.3. Das Design

Ein Monitoring auf Umfragebasis ist möglich, wenn minimal drei Bedingungen erfüllt werden:

1. die Konstanz der Fragestellungen,
2. die Konstanz der Stichprobenbildung und
3. die Konstanz der Erhebungspraxis.

Letzteres führt dazu, dass idealerweise immer dasselbe Forschungsinstitut mit der Durchführung des Monitors betreut wird. Bedingung 2 wird mit den Angaben im nachstehenden Kasten zu den technischen Angaben fixiert. Bedingung 1 wurde vom Kunden und dem Forschungsinstitut gemeinsam sichergestellt, wobei gfs.bern in Methodenfragen das Letztentscheidungsrecht hatte.

Als neues, bisher nicht im Fokus des Finanzmonitors stehendes Thema wurde 2010 die Beurteilung der Schuldenbremse in den Fragekatalog aufgenommen. Aufgrund der erstmaligen Befragung zum Thema kann hierzu erst eine Momentaufnahme dargestellt werden.

Die Befragung findet als persönliche, so genannte Face-to-Face-Befragung statt. Die instruierten Befragterinnen und Befragter erheben die Informationen an repräsentativ ausgewählten Orten in jeder Sprachregion. Sie berücksichtigen bei der Personenauswahl Geschlecht und Alter, damit die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit darstellt.

Technische Eckwerte des Finanzmonitors 2010

Grundgesamtheit:	Stimmberechtigte
Befragungsgebiet:	ganze Schweiz, dreisprachig
Erhebungsart:	Face-to-Face-Interviews (FTF)
Befragungszeitraum:	25. April – 16. Mai 2010
Stichprobenart:	Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Personen (Geschlecht, Alter)
Stichprobengrösse:	1'006
Stichprobenfehler:	± 3.2 Prozentpunkte bei Verteilung von 50:50
Verwendbarkeit:	für die Publikation bestimmt

Der jeweilige statistische Fehler für die Stichprobengrösse bei ausgewiesenen Gruppengrössen beträgt:

Tabelle 1: Ausgewählter statistischer Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Stichprobenfehler bei Basisverteilung von:	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
n = 500	± 4.5 Prozentpunkte	± 3.6 Prozentpunkte
n = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
n = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Um Fehlinterpretationen zu minimieren, nehmen wir keine Subgruppenanalysen unter n = 50 Fällen vor.

Die Beschränkungen der Befragung auf Stimmberechtigte erfolgt bewusst, denn der Finanzmonitor versteht sich in erster Linie als politisches Beobachtungsinstrument. Seine Bezugsgrösse sind daher die in politischen Entscheidungen massgeblichen Bürgerinnen und Bürger.

**Tabelle 2:
Technische Eckdaten der zurückliegenden Befragungen**

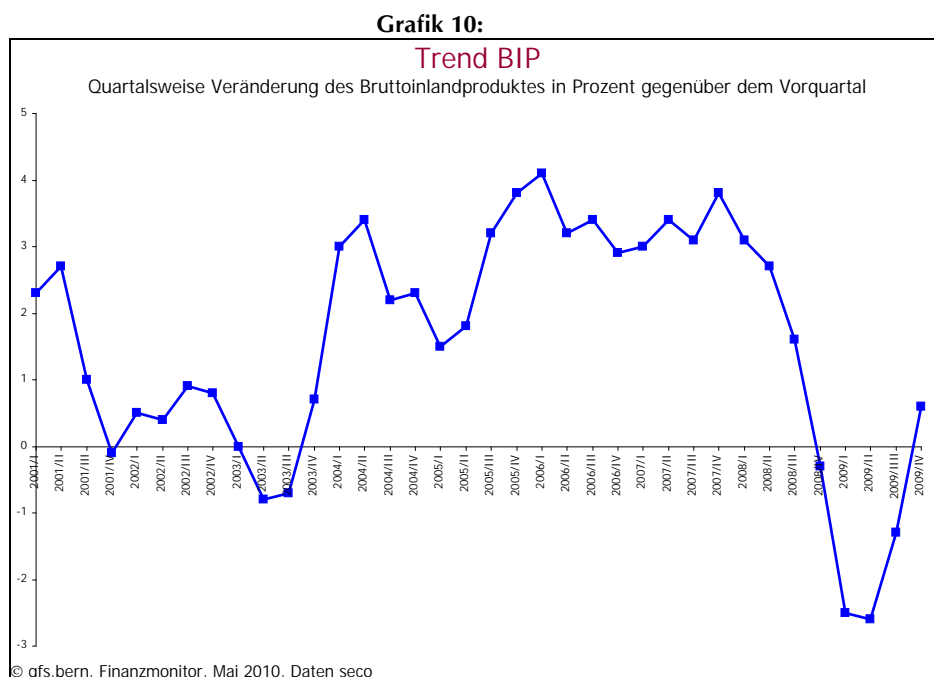
Jahr	Datenerhebung	Stichprobengrösse	Zeitraum	Stichprobenfehler
2009	FTF/Quotenstichprobe	1'007	27.04. – 17.05.2009	± 3.2 Prozentpunkte
2008	FTF/Quotenstichprobe	1'010	28.04. – 18.05.2008	± 3.2 Prozentpunkte
2007	CATI/at random	1'040	08.01. – 21.01.2007	± 3.2 Prozentpunkte
2004	CATI/at random	1'000	12.01. – 23.01.2004	± 3.2 Prozentpunkte
2002	CATI/at random	1'027	23.02. – 06.02.2002	± 3.2 Prozentpunkte
2001	CATI/at random	1'035	24.07. – 13.08.2001	± 3.2 Prozentpunkte

Das Finanzmonitoring im eigentlichen Sinne wurde 2008 begonnen. Vorarbeiten reichen aber bis ins Jahr 2001 zurück. 2008 wurde ein neues Konzept erstellt, das eine finanzpolitische Gesamtschau erlaubt.

1.4. Das klimatische Umfeld der aktuellen Befragung und die aktuellen Arbeitshypothesen

Mit Blick auf die Querschnittsanalysen gehen wir von drei Annahmen aus: Demnach sind Positionen in Finanzfragen vor allem abhängig von den individuellen Interessen, die sich im Wesentlichen aus den Einkommensverhältnissen ergeben, den ideologischen Positionen, die aus den parteipolitischen Bindungen abgeleitet werden können und den politischen Kulturen, die das generelle Verhältnis zum Staat, seinen Institutionen und seinen Leistungen bestimmen. In der Schweiz sind hier vor allem Differenzen zwischen den Sprachregionen zu beobachten.

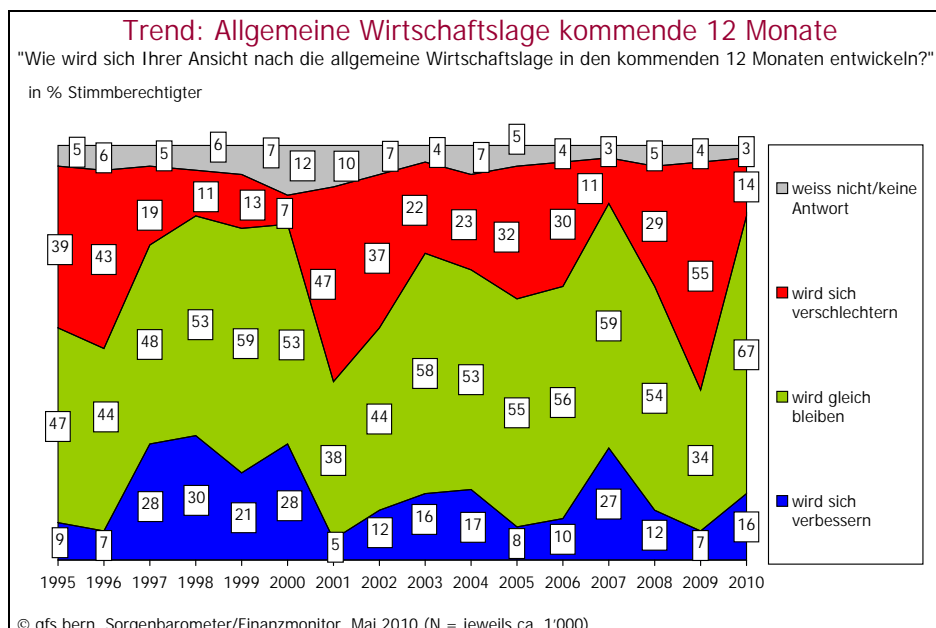
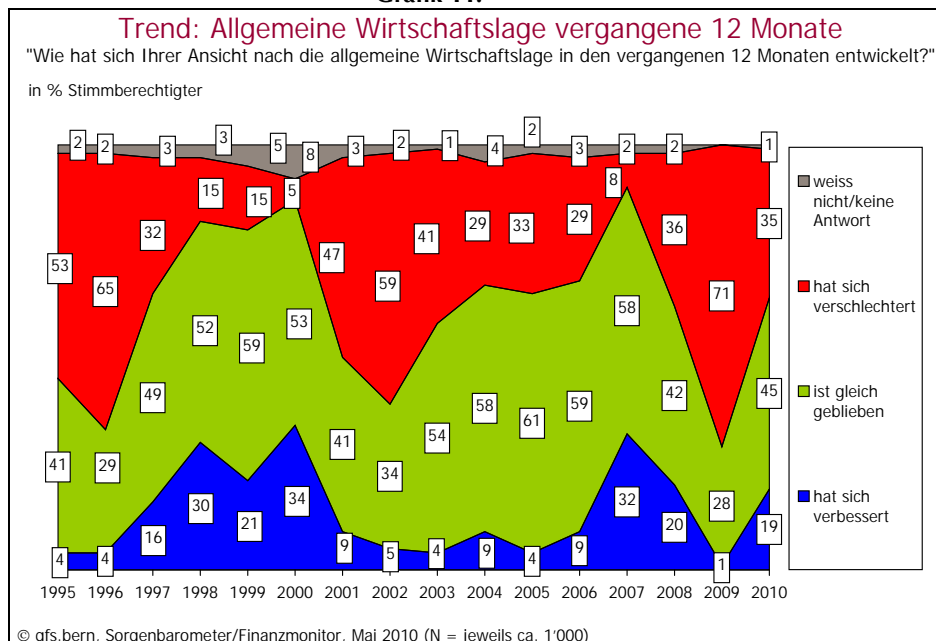
Bezogen auf die Längsschnittanalyse interessiert vor allem der Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und der Entwicklung von Meinungen in finanzpolitischen Fragen. Aktuell stellt sich die Frage, ob und wie sich die Nachwirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/09 auf die finanzpolitische Gesinnung der Schweizerinnen und Schweizer auswirkt. Für die Interpretation und Einordnung der aktuellen Befragungsergebnisse ist aber auch der Einfluss der "Euro-" beziehungsweise "Griechenlandkrise" des Frühjahrs 2010 zu berücksichtigen, die ihren Höhepunkt im unmittelbaren Umfeld der Befragung erreichte. Das sich Griechenland und auch Portugal, Spanien, Italien und Irland und damit der Euro in schweren finanzpolitischen Nöten befinden, wurde für die Schweizer Zeitungsläserinnen und -leser spätestens ab Ende März 2010 deutlich. Als es dann ab dem 29. April 2010 bei Demonstrationen gegen die als Folge der Krise angeordnete Sparpolitik der griechischen Regierung zu immer schwerere Krawallen in Athen und ganz Griechenland kam, beherrschte das Thema die Schweizer Medien während Wochen.



Der Zeitraum der mit dem Finanzmonitor überblickt werden kann, erstreckt sich von 2001 bis 2010. Für die Bestimmung der Konjunkturentwicklung in dieser Phase dienen die Veränderungen des BIP gegenüber den Vorquartalen. Dieser objektive Wirtschaftsindikator zeigt ab Mitte 2008 einen erheblichen Rückgang der Wirtschaftsleistung in der Schweiz und damit die beginnende Wirtschaftskrise an, die sich bis Mitte 2009 hinzieht. Erst ab dem 3. Quartal 2009 ist objektiv eine leichte Erholung der Volkswirtschaft zu konstatieren.

Diese objektive Erholung der allgemeinen Wirtschaftslage wurde auch von Teilen der Befragten bemerkt: 19 Prozent haben im Frühling 2010 das Gefühl, dass sich die Wirtschaft in den 12 Monaten vor der Befragung erholt hat, 45 Prozent haben keine Veränderung festgestellt und 35 Prozent eine Verschlechterung. Damit ist die rückblickende Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung klar weniger häufig negativ geprägt als im Vorjahr. Aber auch in Hinblick auf die Zukunft der Wirtschaftslage ist die Einschätzung der Stimmberechtigten klar weniger pessimistisch als noch vor Jahresfrist: Zwei Drittel der Befragten gehen von einer gleich bleibenden Entwicklung aus, 16 Prozent rechnen mit einer Verbesserung und 14 Prozent mit einer Verschlechterung.

Grafik 11:



Aufgrund dieser Ausgangslage stellen wir für den Finanzmonitor zwei zentralen Hypothesen auf, die es angesichts der Befunde zu prüfen gilt:

Hypothese 1: Genereller Trend

Im Finanzmonitor 2009 zeigten sich bei verschiedenen Indikatoren leichte Abweichungen von der sich in anderen Jahren deutlich abzeichnenden Popularität einer konservativen Finanzpolitik. Diese Abweichungen liessen sich gut als Auswirkung der damals akuten Finanzkrise erklären. Da es sich bei der Finanzkrise aber letztlich um ein eher kurzzeitiges Ereignis handelte, dessen Auswirkungen global deutlich stärker waren als in der Schweiz, ist davon auszugehen, dass mit dem Nachlassen der Krise, die Prädispositionen der Schweizer und Schweizerinnen wieder stärker wirken und sich die Bevorzugung einer konservativen Finanzpolitik im diesjährigen Finanzmonitor wieder deutlicher abzeichnet.

Hypothese 2: Schuldenbremse

Die Schuldenbremse ist populär. Dies lässt sich aus der überaus deutlichen Annahme der Schuldenbremse in der Volksabstimmung von 2001 schliessen und wird in Umfragen immer wieder bestätigt. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die immer wieder diskutierte Ausweitung des Schuldenbremseprinzips auf andere Bereiche (hier im Speziellen auf die Sozialwerke) ebenfalls die Zustimmung der SchweizerInnen finden wird.

1.5. Die Auswertungsmethoden

Die Auswertungen erfolgten in mehreren Schritten. In einem ersten Schritt wurden alle Fragen nach Randverteilungen ausgewertet und die für die Prüfung des Einflusses der Einkommensverhältnisse, der Parteibindungen und der Sprachregionen nötigen Kreuztabellierungen vorgenommen. Auftretende Unterschiede wurden mittels Signifikanztests bewertet. Anschliessend wurde nur noch mit statistisch relevanten Unterschieden weitergearbeitet.

In einem zweiten Schritt wurden die Resultate, wo vorhanden, mit den früheren Ergebnissen zu identischen Fragestellungen verglichen. Im dritten Schritt wurden die relevanten Resultate grafisch aufgearbeitet.

Für Auswertungen auf Kantonsebene wurden die Daten der Jahre 2008-2010 aggregiert. Diese Datenaggregation ist notwendig, um in den einzelnen Kantonen genügend grosse Fallzahlen für statistisch fundierte Aussagen zu erreichen. Trotz Datenaggregation ist die Fallzahl mit $n < 50$ in den Kantonen OW, NW, SZ, GL, UR zu klein für gesicherte Aussagen. Aus diesem Grund wurden diese Kantone statistisch zur Region Innerschweiz zusammengefasst, ebenso wurden die beiden Appenzell zu einer Einheit zusammengefasst.

1.6. Das Forschungsteam

Das Forschungsteam stand unter der Leitung von Claude Longchamp, Politikwissenschaftler, Institutsleiter gfs.bern und Lehrbeauftragter an den Universitäten St. Gallen und Zürich. Die operative Projektleitung hatte Matthias Bucher, Sozialpsychologe und Projektleiter gfs.bern. Die Datenanalyse besorgte Stephan Tschöpe und die grafische Aufarbeitung der Ergebnisse erfolgte durch Silvia Ratelband-Pally.

Seitens des Auftraggebers economiesuisse war Roberto Colonnello, stellvertretender Leiter Kommunikation Deutschschweiz, unser hauptsächlicher Ansprechpartner.

2. Die Befunde

2.1. Die Übersicht

Die Darstellung der Befunde des Finanzmonitors erfolgt in vier Abschnitten:

- das Schwerpunktthema 2010: die Schuldenbremse (Abschnitt 2.2)
- die Grundstimmung in Steuer- und Finanzfragen (2.3)
- die Beurteilung zentraler Strategien der Finanzpolitik des Bundes (2.4)
- die Beurteilung der Akteure in der Finanzpolitik (2.5)

Zu jedem Befund präsentieren wir zuerst die aktuellen Werte, dann die zeitlichen Veränderungen und schliesslich die zentralen, sich abzeichnenden Konfliktlinien.

Jeder der vier Abschnitte wird mit einer Zwischenbilanz abgeschlossen, welche die Synthese im dritten Berichtsteil vorbereitet.

2.2. Schwerpunktthema 2010: die Schuldenbremse

Der Auslöser für die Einführung der so genannte Schuldenbremse auf Bundesebene waren die finanzpolitischen Erfahrungen der neunziger Jahre: Chronische Defizite und der damit verbundene rasche Anstieg der Bundesverschuldung sowie das Unvermögen, die Defizite in den Rezessionsphasen durch entsprechende Überschüsse in den Boomphasen zu kompensieren, gehörten damals zu den grössten Sorgen des Finanzministers. Um diese Entwicklung zu stoppen und so den Bundeshaushalt fortan vor strukturellen Ungleichgewichten zu bewahren, wurde 2001 die Schuldenbremse als finanzpolitische Innovation von den Stimmberechtigten angenommen und 2003 in Kraft gesetzt. Die Schweizer Schuldenbremse gilt in der vorläufigen Beurteilung der meisten Fachleute als Erfolg und als zukunftsweisendes Modell für andere Staaten.

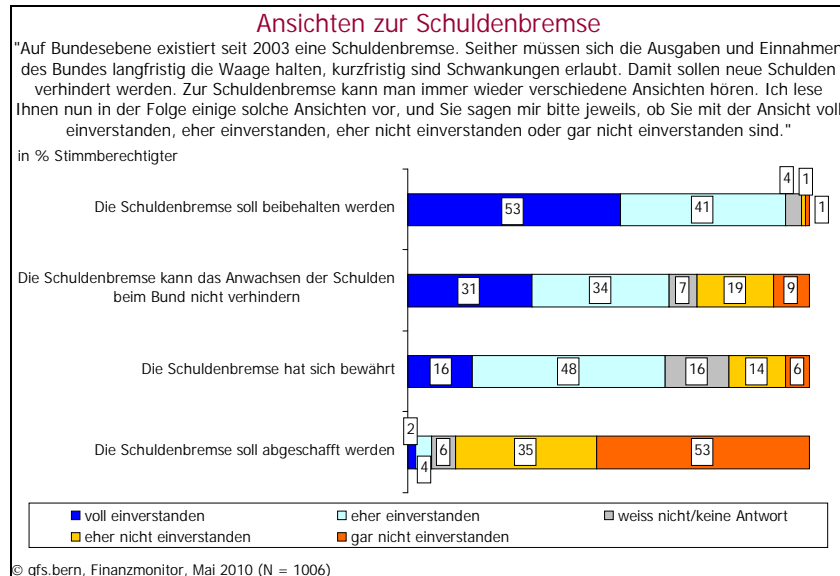
2.2.1. Die Beurteilung der Schuldenbremse

Sieben Jahre nach ihrer Einführung ist die Schuldenbremse auch bei den Schweizer Stimmberechtigten sehr populär: So votieren insgesamt 94 Prozent der Befragten mehr oder weniger dezidiert für ihre Beibehaltung, nur gerade sechs Prozent wünschen sich eine Abschaffung. Diese hohe Zustimmung zur Schuldenbremse geht dabei durch alle Parteilager, Einkommensschichten und Sprachregionen.

Rund zwei Drittel der Stimmberechtigten sind zudem der Meinung, dass sich die Schuldenbremse bisher bewährt hat, gleich viele sind aber auch der Ansicht, dass sie das weitere Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern kann. Anders als bei der allgemeinen Zustimmung oder Ablehnung der Schuldenbremse lassen sich in Bezug auf die Wirksamkeitsbeurteilung aber sprachregionale, politische und schichtspezifische Unterschiede feststellen: Während in der Deutschschweiz 73 Prozent bezweifeln, dass die Schuldenbremse das Anwachsen der Schulden verhindern kann, sind in der französischsprachigen Schweiz nur 47 und im Tessin nur 38 Prozent skeptisch eingestellt. Nach Par-

teipräferenz der Befragten betrachtet zeigt sich, dass AnhängerInnen der Grünen (37%) und der SP (49%) etwas weniger häufig über die Wirksamkeit der Schuldenbremse verunsichert sind als die AnhängerInnen der bürgerlichen Parteien und Stimmberechtigte ohne Parteipräferenz (CVP: 59%, FDP: 66%, SVP: 67%, Parteilose: 62%). Bei tieferen und mittleren Einkommensschichten betragen die Anteile der über die Wirksamkeit Verunsicherten zwischen 58 und 63 Prozent, bei Stimmberechtigten mit einem Haushaltseinkommen zwischen 9'000 und 11'000 Schweizer Franken sind es 72 Prozent, ab einem Einkommen von 11'000 Schweizer Franken sogar 82 Prozent.

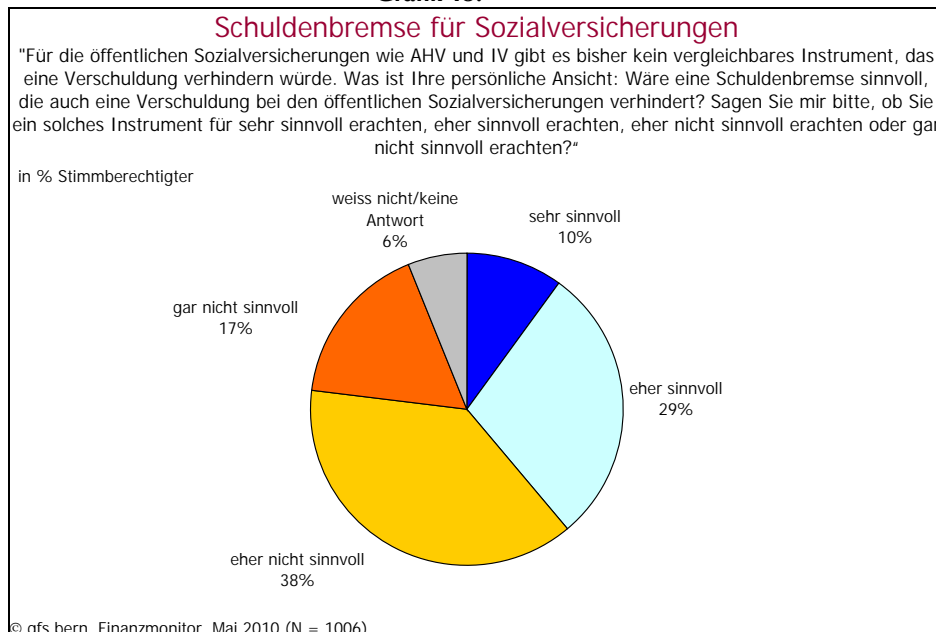
Grafik 12:



2.2.2. Keine Schuldenbremse für die Sozialversicherungen

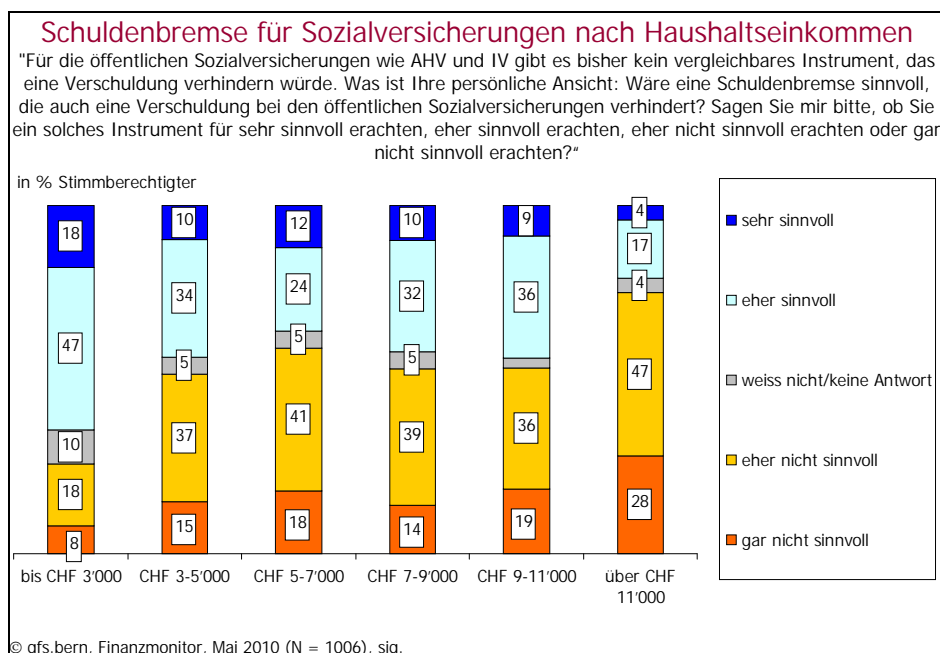
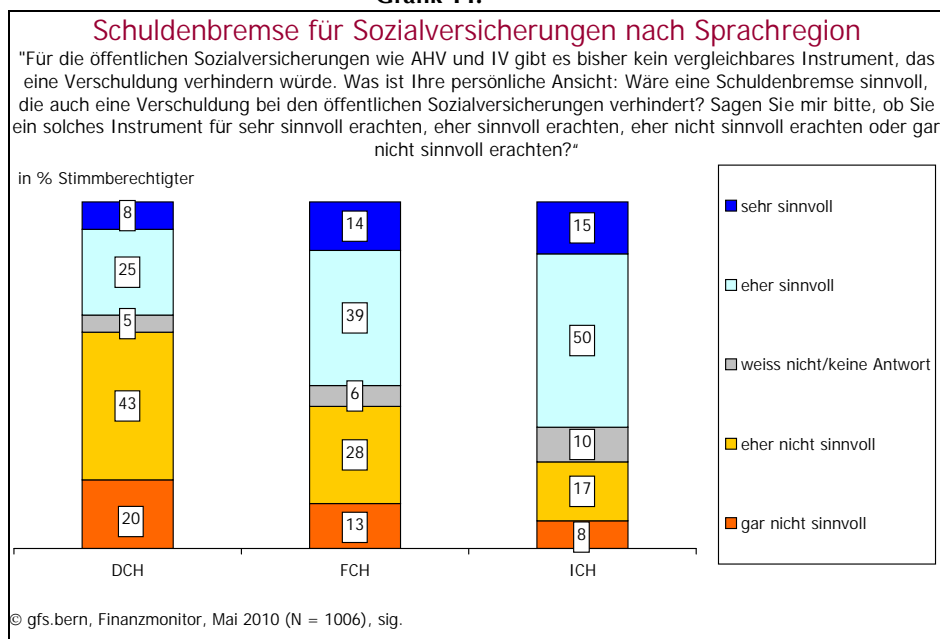
Trotz der hohen Popularität der Schuldenbremse stehen die Stimmberechtigten aber einer Ausweitung des Prinzips auf die Sozialwerke zurzeit mehrheitlich kritisch gegenüber: 55 Prozent erachten ein vergleichbares Instrument, das die Überschuldung der Sozialversicherungen AHV und IV verhindern soll, als gar nicht oder zumindest eher nicht sinnvoll. Eine Schuldenbremse für die Sozialversicherung begrüßen würden 39 Prozent.

Grafik 13:



Der Vorschlag einer Schuldenbremse für die Sozialwerke polarisiert dabei nicht nach Parteibindung der Befragten, sehr wohl aber nach Sprachregion und Einkommensverhältnissen: Im Gegensatz zum nationalen Durchschnitt ist die Sozialversicherungsschuldenbremse in der lateinischen Schweiz mehrheitsfähig: In der französischsprachigen Schweiz erachten insgesamt 53 Prozent ein solches finanzpolitisches Instrument als sinnvoll, in italienischsprachigen Regionen sogar 65 Prozent. In der Deutschschweiz ist hingegen lediglich ein Drittel der Stimmberechtigten positiv gegenüber dieser Idee eingestellt. Die höheren Einkommensklassen finden eine Schuldenbremse bei den Sozialversicherungen ebenfalls mehrheitlich nicht sinnvoll, das kontrastiert aber klar mit der Meinung der unteren Einkommensklassen. Die Meinungsbildung ist in dieser Frage noch wenig stabilisiert. Das hat damit zu tun, dass in der breiten Öffentlichkeit noch kaum darüber gesprochen worden ist. Deshalb stehen sich zwei generelle Meinungen gegenüber: der verbreitete Wunsch nach einer Schuldenbremse, die generell positiv beurteilt wird und der Wunsch nach einer nachhaltigen Sozialpolitik. Im Moment überwiegt der Sparzwang durch die Schuldenbremse in den unteren Schichten und auch in den einkommensschwächeren Sprachregionen. Daraus kann man keine weiteren Schlüsse ziehen, weil die Meinungsbildung erst einsetzt.

Grafik 14:



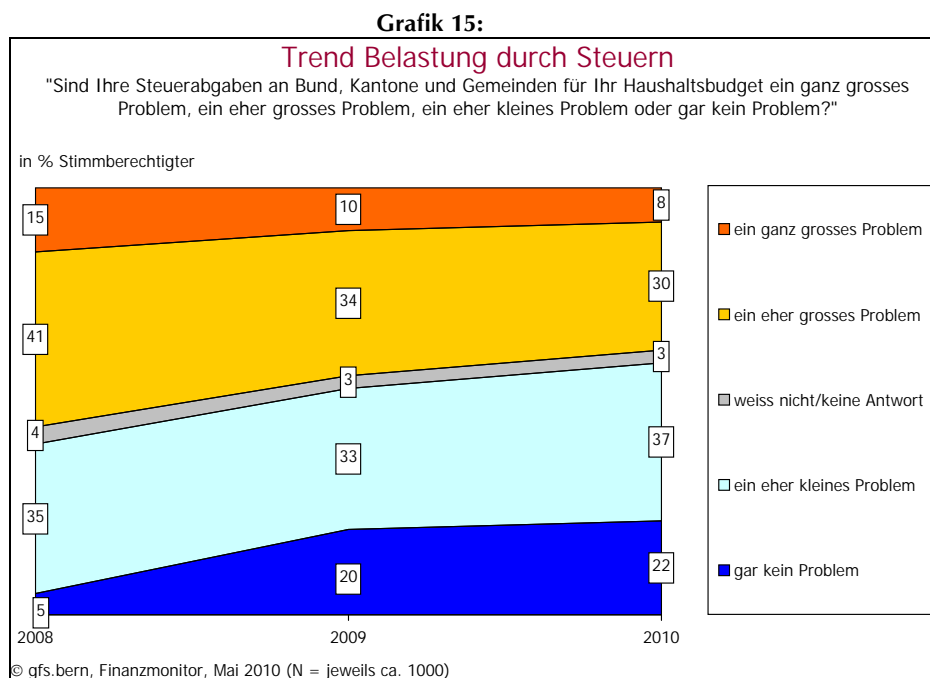
2.2.3. Zwischenbilanz

- Die Schuldenbremse für Staatsausgaben ist hoch populär, unabhängig von parteipolitischer Einstellung, Sprachregion und Einkommensverhältnissen der Befragten.
- Eine Mehrheit ist der Meinung, dass sich die Schuldenbremse bewährt hat. In Bezug auf die schuldendämpfende Wirksamkeit der Schuldenbremse für die Zukunft ist man aber mehrheitlich skeptisch, insbesondere in der Deutschschweiz. Der Vorschlag einer Übertragung des Prinzips der Schuldenbremse auf die Sozialwerke wird hingegen mehrheitlich als nicht sinnvoll beurteilt, auch hier sind die DeutschschweizerInnen am häufigsten kritisch eingestellt. Die Meinungsbildung ist in dieser Frage aber noch wenig stabilisiert, sondern setzt erst ein. Entsprechend können daraus keine weiteren Schlüsse gezogen werden.

2.3. Die Grundstimmung in Steuer- und Finanzfragen

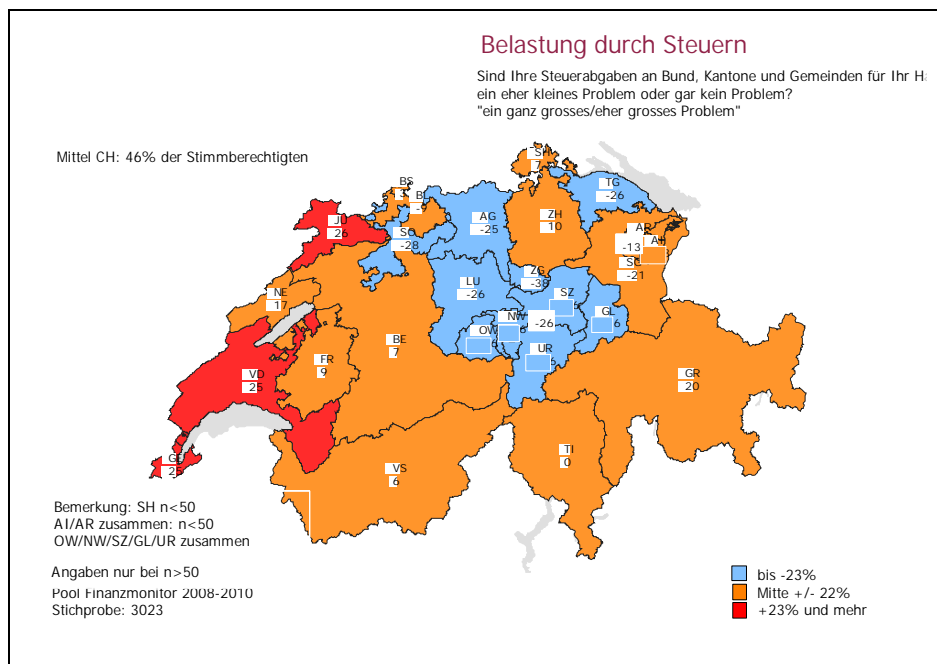
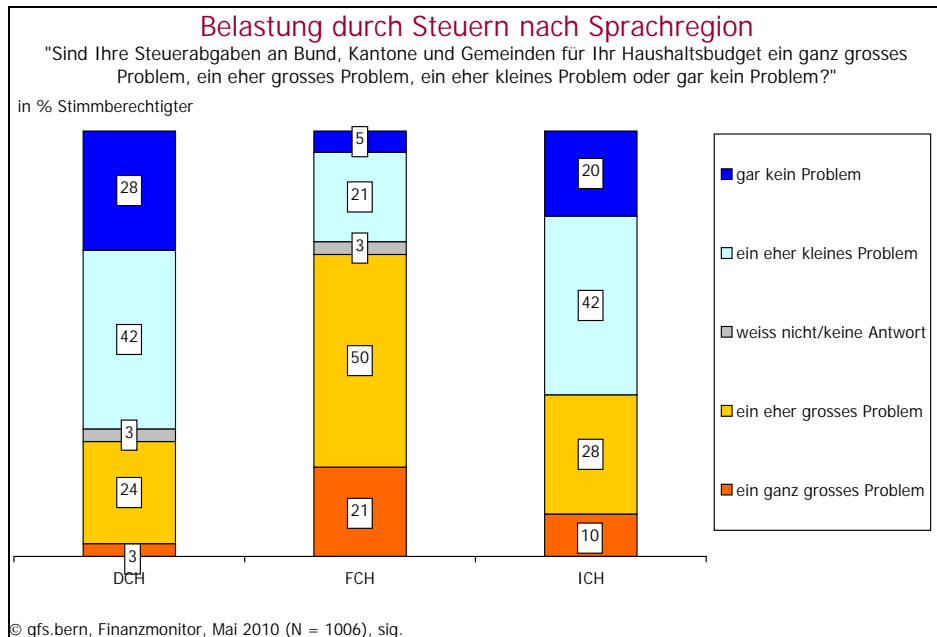
2.3.1. Die subjektiv empfundene Steuerbelastung

Die subjektiv empfundene Belastung des Haushaltsbudgets durch die Steuern wird von der Mehrheit der befragten Stimmberechtigten (59%) aktuell als eher kleines oder gar kein Problem bezeichnet. Grössere Probleme beim Begleichen der Steuern berichten insgesamt 38 Prozent der Stimmberechtigten, 8 Prozent empfinden die Steuerlast als sehr grosses Problem. Im Zeitvergleich betrachtet ist die Häufigkeit der Klagen über die Steuerbelastung kontinuierlich zurückgegangen, vor zwei Jahren empfand noch eine Mehrheit der Befragten die Steuerabgaben als ein grosses Problem.



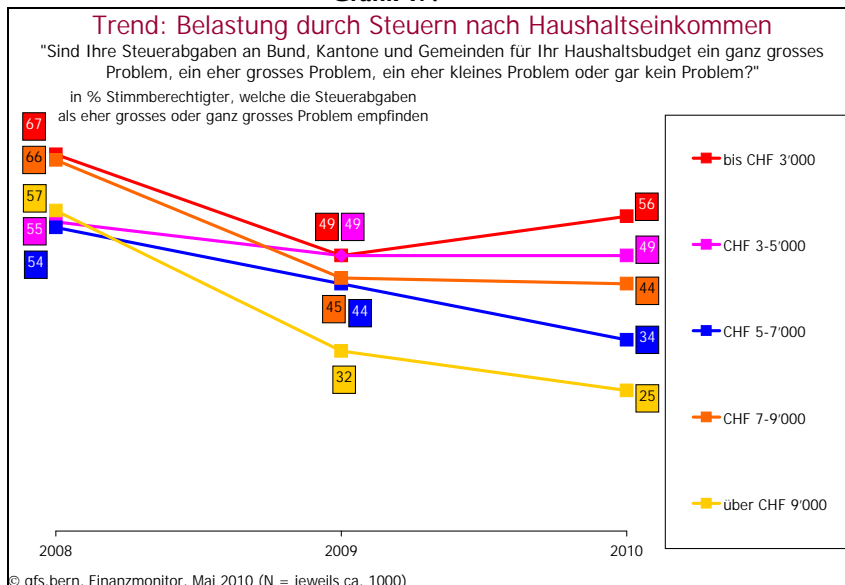
Die subjektiv wahrgenommene Steuerbelastung hängt aber stark von der Sprachregion beziehungsweise vom Kanton ab. Nach Sprachregionen betrachtet zeigt sich, dass französisch sprechende StimmbürgerInnen das Bezahlen der Steuern sehr viel häufiger als problematisch empfinden als ihre deutsch- und italienischsprachigen Landsleute. So geben in der Romandie heuer 71 Prozent der Befragten an, dass die Steuern für sie ein eher oder sogar ganz grosses Problem darstellen, in der Deutschschweiz aber nur 27 Prozent und im Tessin 38 Prozent. Das verfeinerte, nach Kantonen aufgeschlüsselte und in der untenstehenden Karte dargestellte Bild der regional unterschiedlichen Beurteilung der Steuerbelastung, bestätigt diese sprachregionalen Unterschiede. Diese Auswertung basiert auf den aggregierten Daten der Jahre 2008 bis 2010 und zeigt, dass die Steuerbelastung überdurchschnittlich häufig in den rot dargestellten Kantonen Jura, Waadt und Genf beklagt wird. Durchschnittlich ausgeprägt ist die Steuerbelastung in den orange eingefärbten Kantonen, klar unterdurchschnittlich in den blau dargestellten Kantonen Aargau, Solothurn, Thurgau, Luzern, Zug und der Region "Innerschweiz" (hier: OW, NW, SZ, GL, UR).

Grafik 16:



Die Häufigkeit der Klagen über die Steuerbelastung ist seit 2008 zurückgegangen. Diese Entwicklung ist allerdings nicht für alle Einkommensschichten gleich stark ausgeprägt: Die Entlastung spüren vor allem die oberen Einkommensschichten, etwas eingeschränkt auch die mittleren. Die tiefsten Einkommensklassen empfinden ihre subjektive Steuerbelastung hingegen sogar häufiger als eher oder ganz grosses Problem als im vergangenen Jahr.

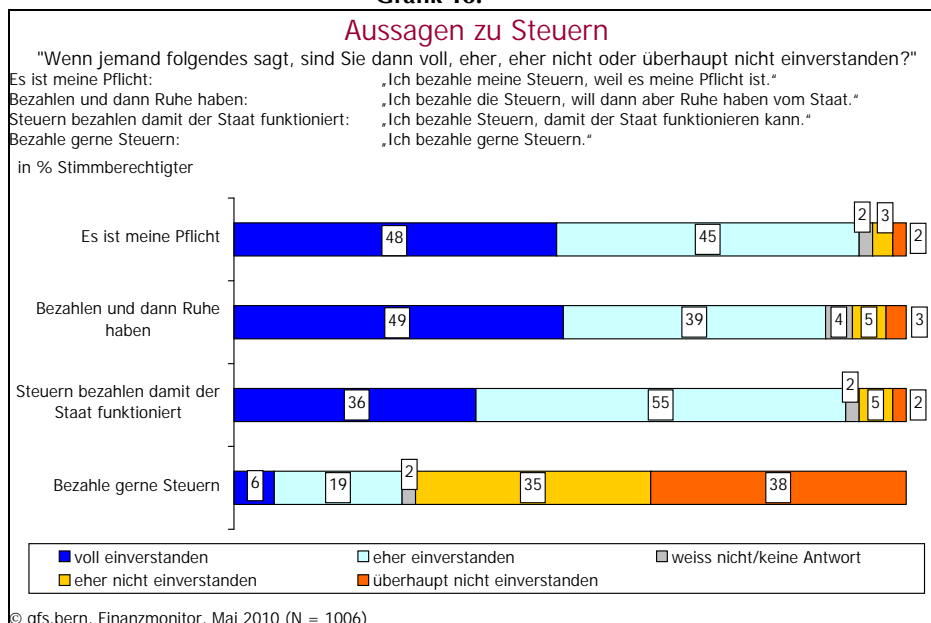
Grafik 17:



2.3.2. Ausgewählte Haltungen zum Steuern zahlen

Die grosse Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten bezahlt die Steuern aus Pflichtbewusstsein (93%) und der Einsicht, dass Steuern notwendig sind, damit der Staat funktionieren kann (91%) und will nach der Erledigung dieser staatsbürgerlichen Pflicht vom Staat möglichst in Ruhe gelassen werden (88%). Für eine nicht unerhebliche Minderheit ist das Bezahlen der Steuern aber nicht nur lästige Pflicht, sondern mit positiven Gefühlen verbunden: So sagt jede vierte befragte Person von sich selbst, dass sie gerne Steuern bezahle.

Grafik 18:



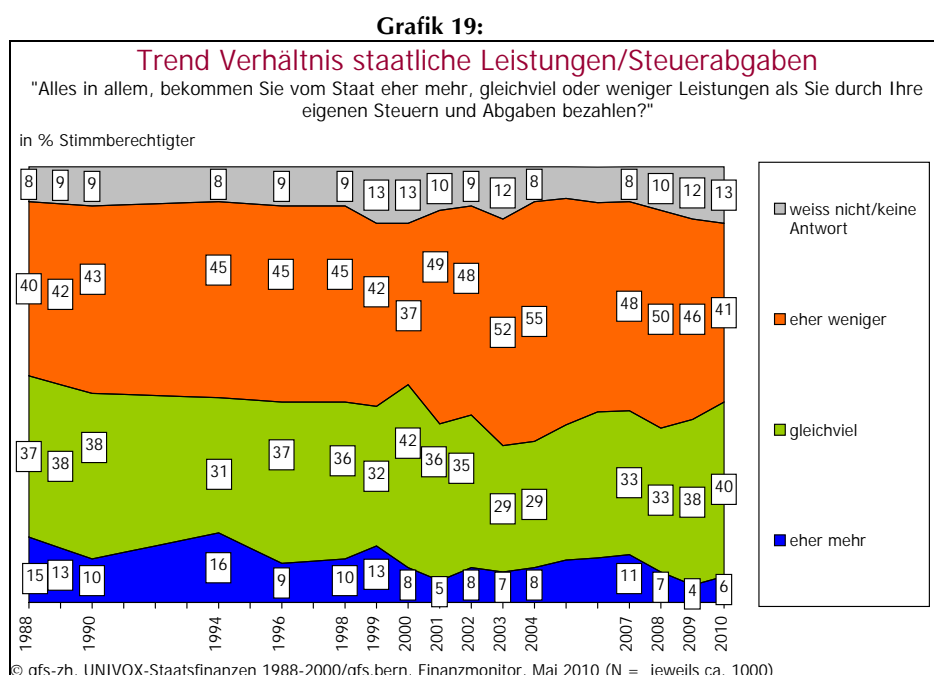
Diese Haltung der Stimmberechtigten zum Steuern zahlen erweist sich zudem als über die Jahre grundsätzlich sehr stabil: Veränderungen sind praktisch nur in der Dezidiertheit der Zustimmung zu diesen Aussagen auszumachen, nicht jedoch im Verhältnis zwischen Zustimmung und Ablehnung. Einzig der Anteil derjenigen, die nicht nur bezahlen und dann in Ruhe gelassen werden wollen, ist von rund einem Viertel in den beiden vergangenen

Jahren auf sieben Prozent im aktuellen Jahr signifikant geschrumpft. Dies lässt den Schluss zu, dass die Bereitschaft, für den Staat mehr als die Erledigung der Steuerpflicht zu tun, in letzter Zeit etwas rückläufig und bei noch weniger Bürgerinnen und Bürgern vorhanden ist, als in den vergangenen Jahren.

Merkmalsgruppenspezifische Unterschiede in den Einstellungen zum Steuern zahlen lassen sich nur in Bezug auf die Zustimmung zur Aussage "Ich bezahle gerne Steuern." beobachten. Am deutlichsten akzentuiert sich hier ein kultureller Unterschied: Während in der Deutschschweiz lediglich 12 Prozent mit Freude ihren finanziellen Beitrag an die staatliche Gemeinschaft leisten, sind es im Tessin bereits 36 Prozent und in der französischsprachigen Schweiz sogar mehrheitliche 58 Prozent. Die BürgerInnen unterscheiden sich hier aber auch nach ideologischer Position und sozioökonomischer Schicht. So geben AnhängerInnen von linken und bürgerlichen Mitteparteien überdurchschnittlich oft an, gerne Steuern zu bezahlen (Grüne: 39%, SP: 33%, CVP: 41%, FDP: 34%). Die AnhängerInnen der SVP (22%) sowie BürgerInnen ohne Parteibindung (23%) aber eher unterdurchschnittlich oft. In Bezug auf das Einkommen lässt sich festhalten, dass man je seltener gerne Steuern bezahlt, desto höher das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen ausfällt.

2.3.3. Austauschrelation Bürger/Staat

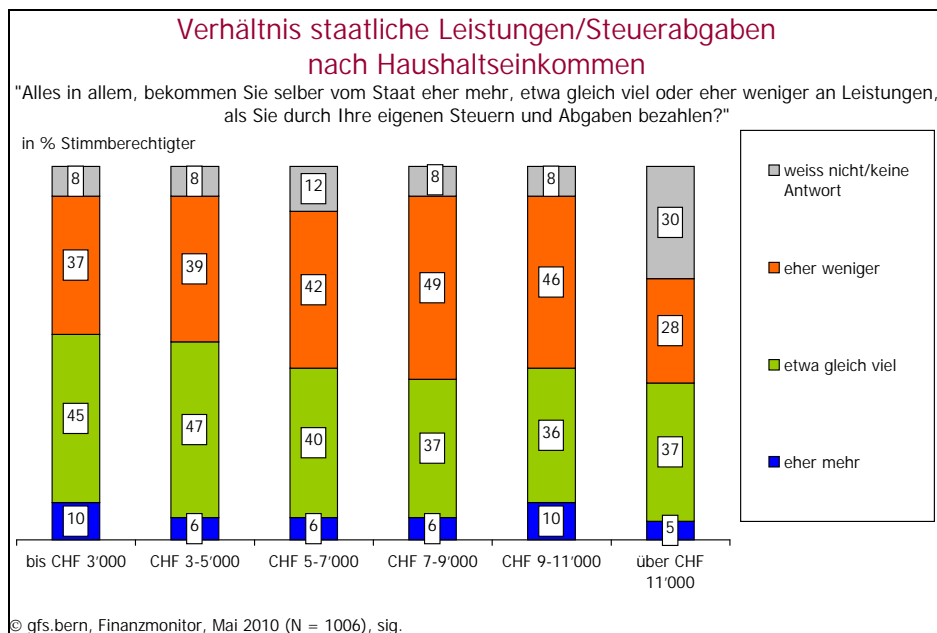
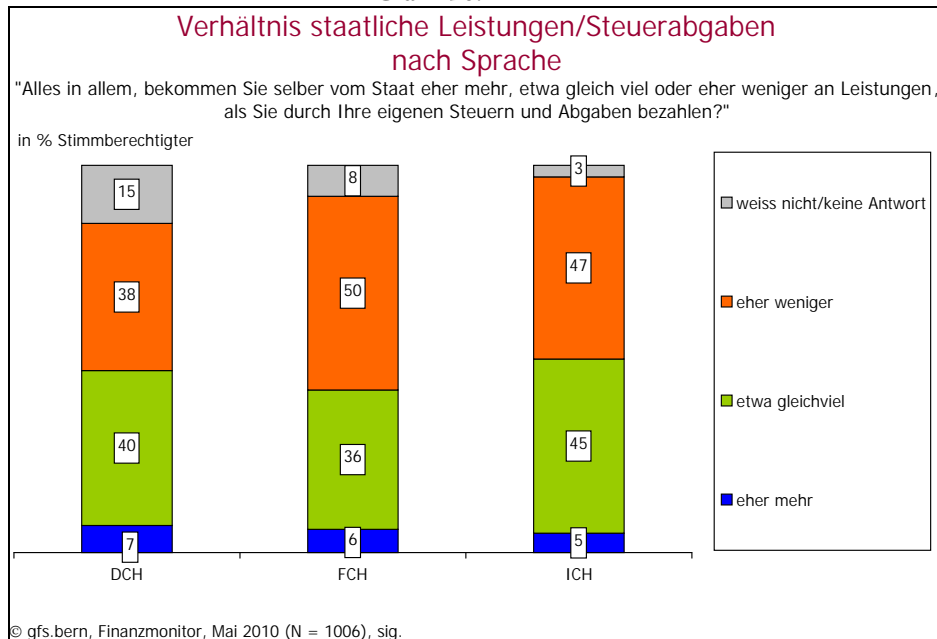
Die Austauschrelation zwischen Individuum und Staat wird von 41 Prozent der befragten Stimmberechtigten skeptisch beurteilt. Diese Gruppe zieht für sich die Bilanz, vom Staat insgesamt weniger Leistungen zu beziehen als es denn aufgrund ihrer durch Steuern und Abgaben geleisteten Zahlungen entspricht. Dem gegenüber steht mit 40 Prozent ein annähernd gleich grosser Bevölkerungsanteil, der das Verhältnis von staatlichen Leistungen und persönlichen Steuerabgaben im Gleichgewicht sieht. Als eigentliche Profiteure, die vom Staat mehr erhalten, als sie finanziell beitragen, erachten sich lediglich 6 Prozent. Das persönliche Austauschverhältnis zwischen sich und dem Staat nicht beurteilen, können oder wollen 13 Prozent der Befragten.



Die Ergebnisse zu dieser Fragestellung verändern sich nur langsam. Kurzfristig betrachtet ergeben sich aber immer wieder Schwankungen. So auch dieses Jahr. Sie sprechen für eine

minimal verbesserte Beurteilung der Austauschrelation als im vergangenen Jahr. So hat sich der Anteil derjenigen, die das Gefühl haben, weniger als geleistet zu bekommen, um fünf Prozentpunkte verringert. Doch lässt sich dieser Befund nicht verallgemeinern. Langfristig betrachtet gilt nämlich, dass der Anteil der Negativbeurteilungen seit den Neunzigerjahren klar ansteigt, 2004 seinen Höhepunkt erreichte und seither nicht ganz konstant, im Trend aber wieder etwas zurückgeht.

Grafik 20:



Während die Beurteilung des Verhältnisses von geleisteten und erhaltenen Leistungen sich heuer nicht nach parteipolitischen Präferenzen unterscheidet, variiert es nach Sprachregion und Haushaltseinkommen: In der französischsprachigen Schweiz (50%) und auch im Tessin (47%) wird die wahrgenommene Austauschrelation zwischen Individuum und Staat von grösseren Bevölkerungsanteilen skeptischer beurteilt als in der Deutschschweiz (38%). Nach Einkommen betrachtet zeigt sich, dass Bürgerinnen und Bürger mit tiefem und mittlerem Einkommen die Austauschrelation etwas weniger häufig als zu ihren Ungunsten aus-

fallend beurteilen als Bürgerinnen und Bürger aus Haushalten mit guten bis sehr guten Einkommen.

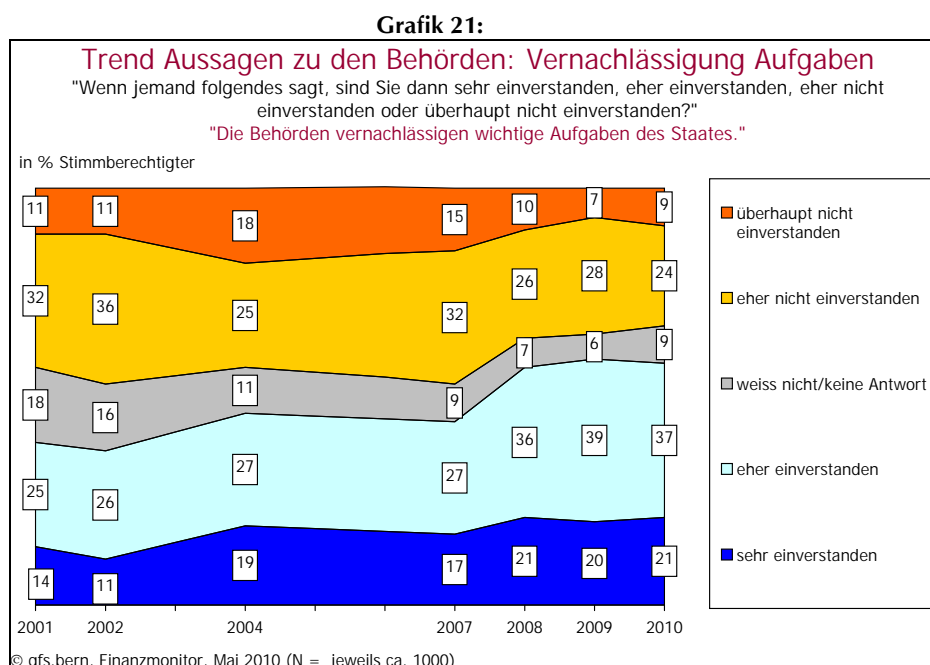
2.3.4. Zwischenbilanz

- Die subjektiv empfundene Steuerbelastung ist mittelmässig und im Zeitvergleich rückläufig. Insbesondere in den oberen Einkommensschichten wird sie weniger häufig als problematisch wahrgenommen als dies noch vor zwei Jahren der Fall war; dies gilt aber explizit nicht für untere Einkommensschichten. In den französischsprachigen Landesteilen wird die subjektive Steuerbelastung deutlich öfters als problematisch erlebt als in der deutsch- und italienischsprachigen Schweiz.
- Die Einstellung der Stimmberechtigten zum Steuern zahlen bleiben stabil: Steuern werden vor allem aus Pflichtgefühl bezahlt.
- Gleich grosse Anteile der Stimmberechtigten beurteilen die Austauschrelation zwischen sich und dem Staat als zu ihren Ungunsten ausfallend beziehungsweise als sich im Gleichgewicht befindend.

2.4. Die Einstellung zu den öffentlichen Finanzen

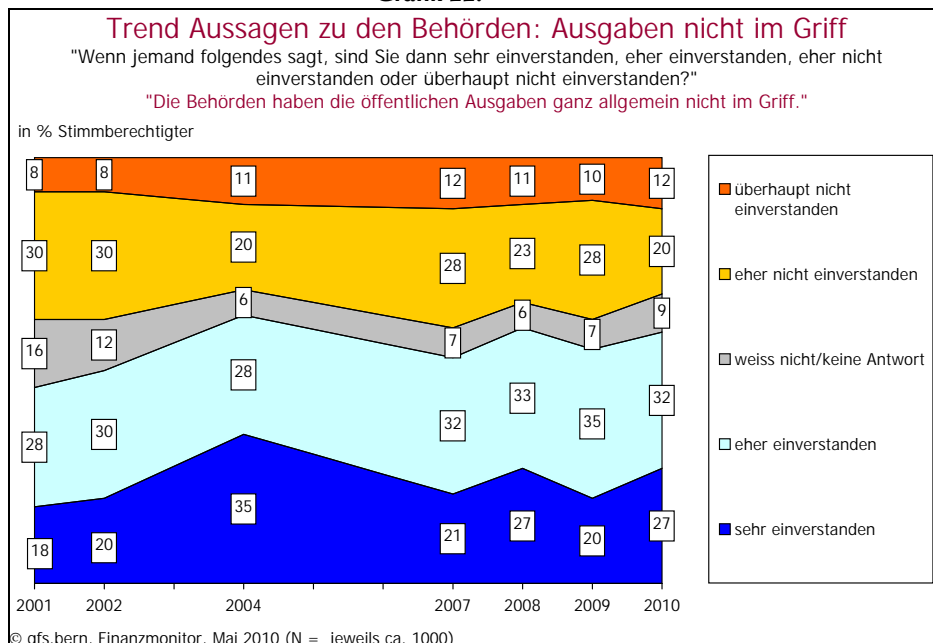
2.4.1. Aufgaben- und Ausgabenprobleme

Wie schon seit spätestens 2008 ist auch in diesem Jahr eine Mehrheit der Stimmberechtigten mehr oder weniger dezidiert der Ansicht, dass die staatlichen Behörden wichtige Aufgaben vernachlässigen. 58 Prozent der Befragten unterstützen diese Meinung, dem widersprochen wird von 33 Prozent. Kurzfristig betrachtet sind hierbei die Meinungsverhältnisse sehr stabil. Dehnt man den Blick zurück bis zum Beginn des Jahrzehnts, lässt sich erkennen, dass tendenziell immer mehr BürgerInnen der Ansicht sind, dass die Behörden nicht alle ihnen von der Bevölkerung zugedachten Aufgaben anpacken.



Mit insgesamt 59 Prozent ist die Mehrheit der Stimmberechtigten der Ansicht, die Behörden hätten die Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff, der gegenteiligen Ansicht sind ein Drittel der Befragten. Hier erweisen sich die Bevölkerungsanteile mit der jeweiligen Meinung als von Jahr zu Jahr etwas volatil, über den ganzen überblickbaren Zeitraum betrachtet aber als relativ stabil.

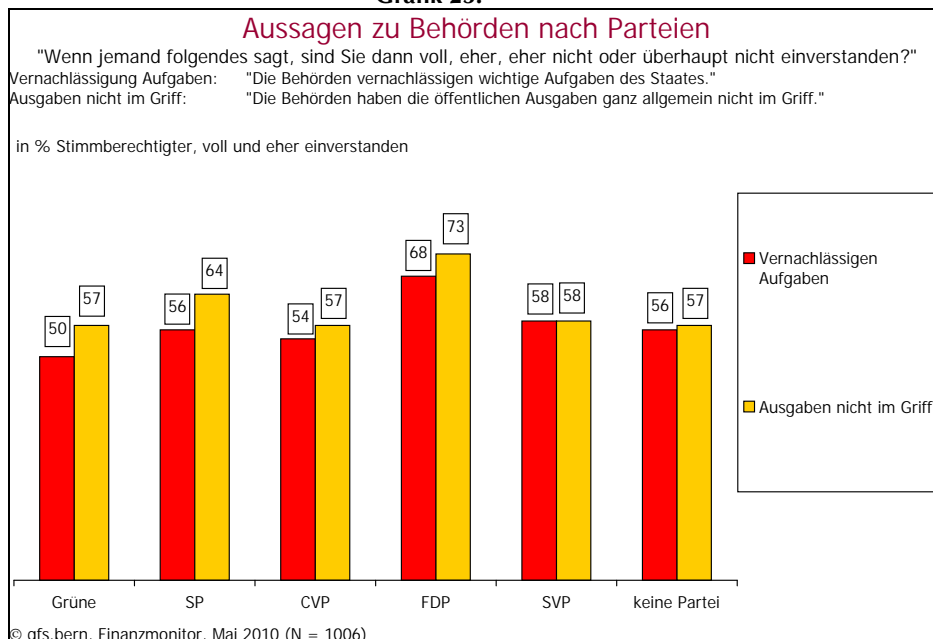
Grafik 22:



Betrachtet man die Beurteilung der beiden Aussagen nach sozioökonomischer Schicht, Parteibindung und Sprachregion der Befragten, springt ins Auge, dass sich zwar Unterschiede im Antwortverhalten zwischen diesen soziodemographischen Untergruppen gibt, die Anteile der jeweiligen Untergruppen, die den beiden Aussagen zustimmen grundsätzlich sehr ähnlich ausfallen:

So sind Befragte aus Haushalten mit sehr hohem Einkommen sowohl in Bezug auf die Staatsausgaben wie auch auf die Aufgabenerfüllung weniger häufig kritisch eingestellt, als Befragte aus Haushalten mit weniger hohem Einkommen.

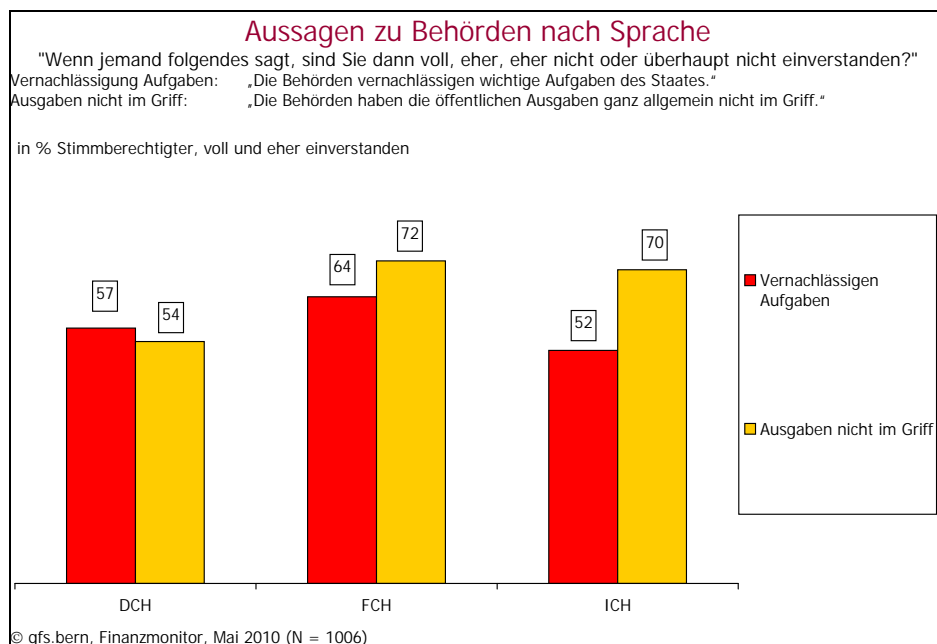
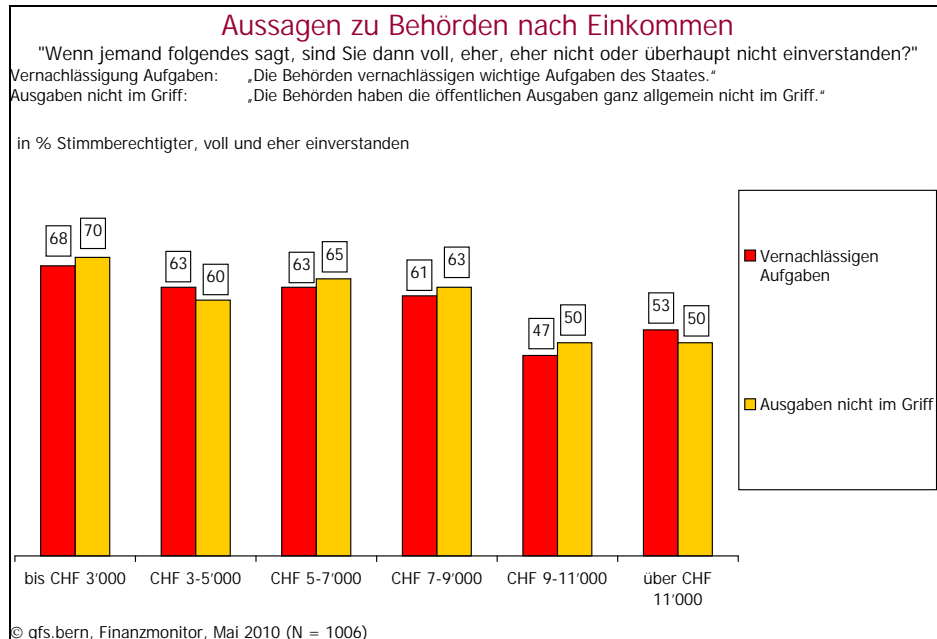
Grafik 23:



Nach Parteibindung analysiert zeigt sich, dass die Unterschiede in der Beurteilung beider Fragen mit Ausnahme der FDP-Basis sehr gering sind: Während die AnhängerInnen der Grünen, der SP, der CVP und SVP sowie die Parteilosen mit Anteilen zwischen 50 und 58 Prozent einerseits der Aussage zustimmen, dass die Behörden wichtige Aufgaben vernach-

lässigen, beträgt dieser Anteil bei den AnhängerInnen der FDP 68 Prozent. Andererseits stimmen alle ParteienhängerInnen sowie die Parteilosen der Aussage, dass die Behörden die Ausgaben nicht im Griff haben, mit Anteilen von 57 bis 64 Prozent zu. Nur bei den SympathisantInnen der FDP ist dieser Anteil mit 73 Prozent klar grösser.

Grafik 24:

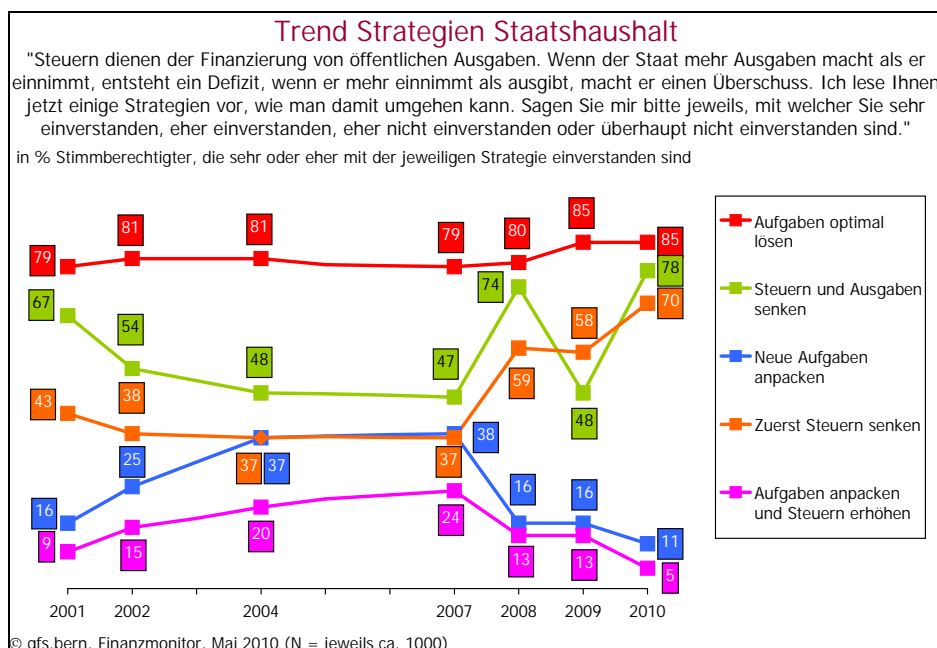
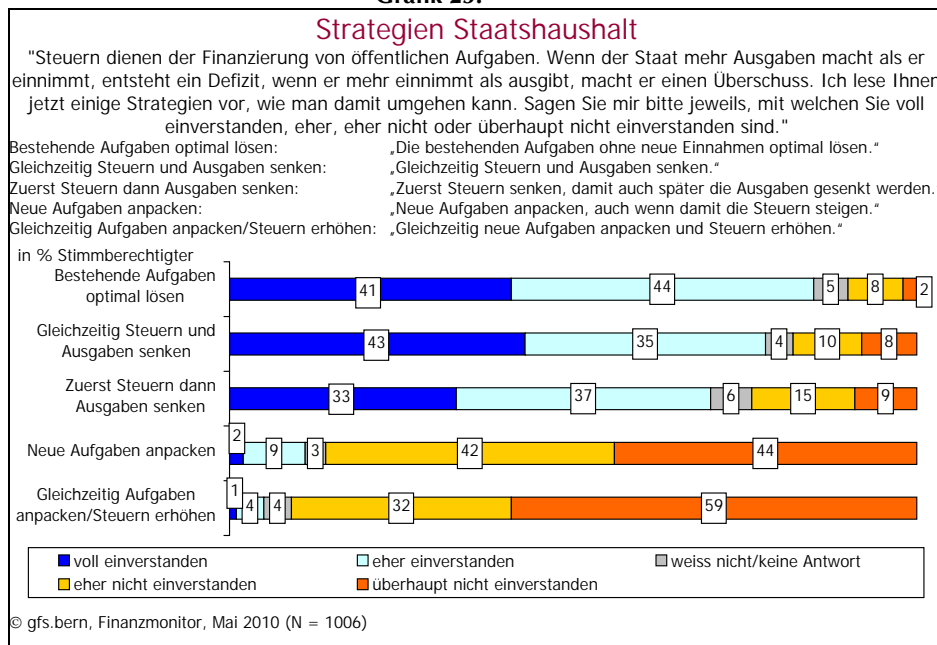


Die Unterschiede nach Sprachregion manifestieren sich vor allem bei der Zustimmung zur Ansicht, dass die Behörden die Ausgaben nicht im Griff hätten. In der Deutschschweiz sind 54 Prozent der Befragten dieser Meinung, das sind deutlich weniger als in den lateinischen Schweiz, wo 72 beziehungsweise 70 Prozent hier zustimmen. In Bezug auf die Aufgabenvernachlässigung sind die sprachregionalen Unterschiede hingegen geringer.

2.4.2. Die Beurteilung genereller finanzpolitischer Strategien

Unter den Schweizer Stimmberechtigten herrscht in Bezug auf die generellen finanzpolitischen Strategien weiterhin weitgehende Einigkeit. Im Vergleich zu den letzten Jahren ist der Konsens, dass Steuererhöhungen nicht opportun sind und im Gegenteil die Steuern und Ausgaben eher gesenkt werden sollten sogar noch stärker geworden.

Grafik 25:



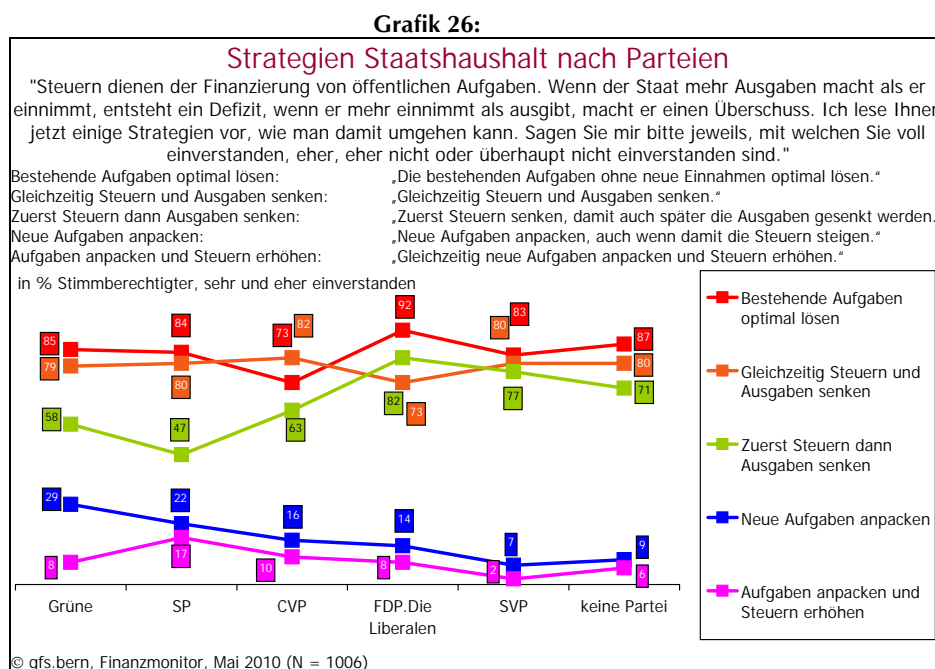
So sind gegenüber dem Vorjahr insgesamt unveränderte grossmehrheitliche 85 Prozent der befragten Stimmberechtigten voll oder eher mit der Meinung einverstanden, dass man die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen sollte.

Mit 78 Prozent der Stimmberechtigten ist eine annähernd gleich grosse Mehrheit auch mehr oder weniger stark der Ansicht, dass man gleichzeitig die Steuern und die staatlichen Ausgaben vermindern sollte. Damit erreicht diese Haltung nach einem zwischenzeitlichen Einbruch im vergangenen Jahr wieder einen ähnlich hohen Zustimmungsgrad wie 2008.

70 Prozent der Stimmberechtigten können sich sogar eine vorzeitige Steuersenkung vorstellen, um so den Spardruck bei den Staatsausgaben zu erhöhen. Die Zustimmung zu dieser restriktiven finanzpolitischen Strategie hat sich in den letzten drei Jahren kontinuierlich erhöht, der Zuwachs an zustimmenden Stimmen beträgt allein im Vergleich zum letzten Jahr 12 Prozentpunkte.

Dementsprechend hat sich auch die bereits in den letzten Jahren marginale Minderheit an Stimmberechtigten weiter verringert, die der Ansicht ist, dass der Staat bisher vernachlässigte Aufgaben ohne Rücksicht auf dabei allenfalls notwendige Steuererhöhungen anpacken sollte. Aktuell stimmen hier noch 11 Prozent zu, während 86 Prozent widersprechen. Noch geringer ist mit lediglich 5 Prozent der Anteil Stimmberechtigter, die neue Aufgaben anpacken wollen und gleichzeitig die Steuern erhöhen wollen.

Zusammenhänge zwischen der sich in der Parteipräferenz der Befragten manifestierenden ideologischen Position und den Ansichten über die generellen finanzpolitischen Strategien sind nur schwach feststellbar. Die Mehrheitsverhältnisse sind bei allen Parteienähnlichkeiten ausgeprägt.

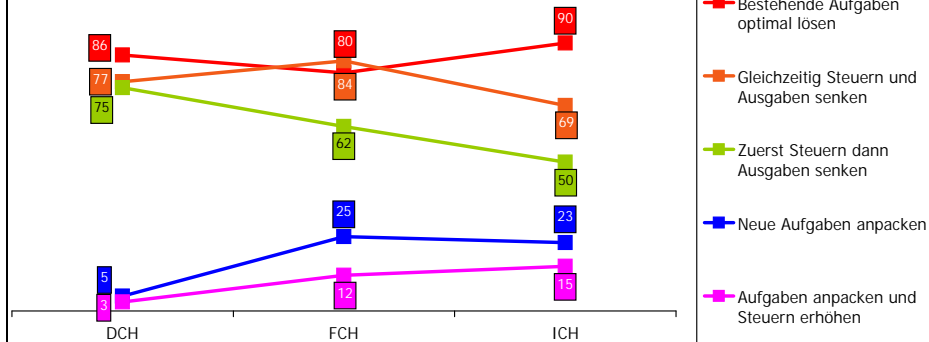


Strategien Staatshaushalt nach Sprache

„Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind.“

Bestehende Aufgaben optimal lösen: „Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen.“
 Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken: „Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken.“
 Zuerst Steuern dann Ausgaben senken: „Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden.“
 Neue Aufgaben anpacken: „Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen.“
 Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen: „Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen.“

in % Stimmberechtigter, sehr und eher einverstanden



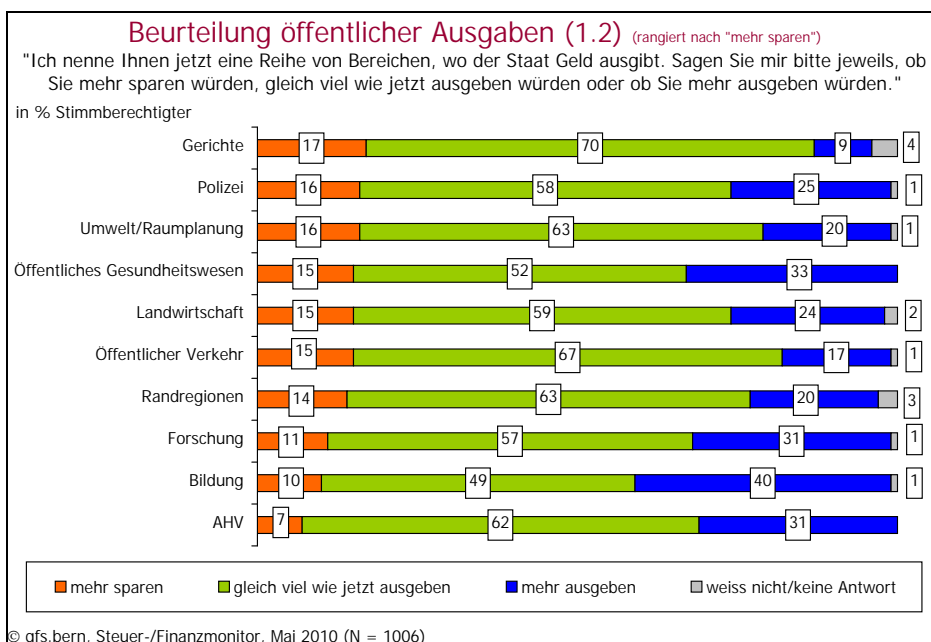
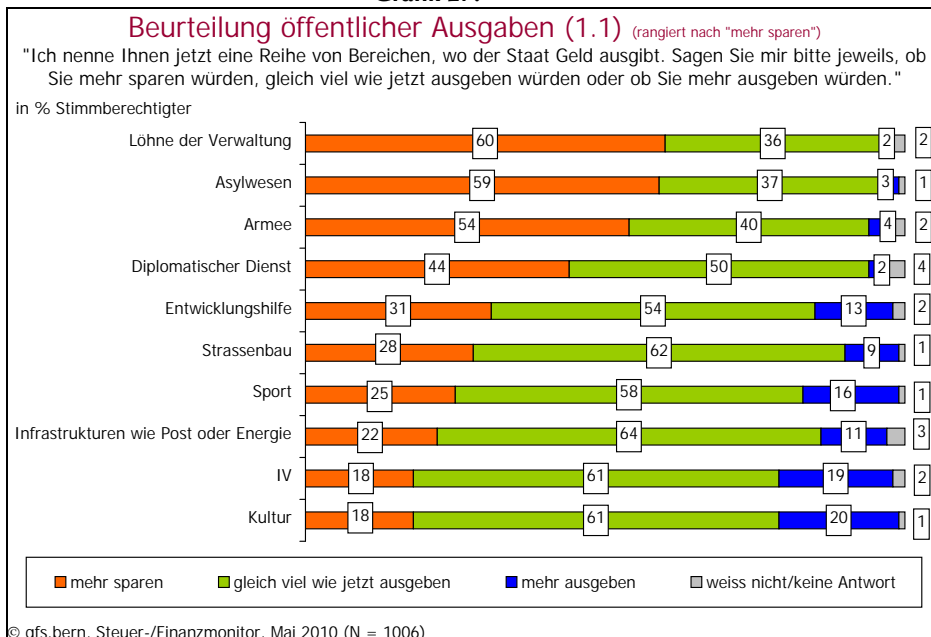
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2010 (N = 1006)

Auch die drei Sprachregionen unterscheiden sich in der Beurteilung der finanzpolitischen Strategien nicht fundamental. In der Deutschschweiz werden aber einerseits öfters als in der lateinischen Schweiz Steuersenkungen als Mittel zur Ausgabenreduktion gefordert, andererseits finden Steuererhöhungen und Ausweitungen der staatlichen Aufgaben in der Deutschschweiz nur sehr vereinzelt Unterstützung, während doch ein Viertel der französischsprachigen SchweizerInnen und annähernd gleich viele italienischsprachige der Meinung sind, dass der Staat neue Aufgaben anpacken sollte, auch wenn dabei die Steuern steigen. Keine Unterschiede sind in Bezug auf die verschiedenen Einkommensschichten zu beobachten.

2.4.3. Spar- und Ausgabenbereiche

Die Löhne der Verwaltungsangestellten, das Asylwesen und die Armee. Das sind die Bereiche bei denen eine Mehrheit der befragten Stimmberechtigten den Hebel ansetzen würde, um bei den Staatsausgaben zu sparen. Mehrausgaben sind hingegen in keinem der hier abgefragten Bereiche mehrheitsfähig.

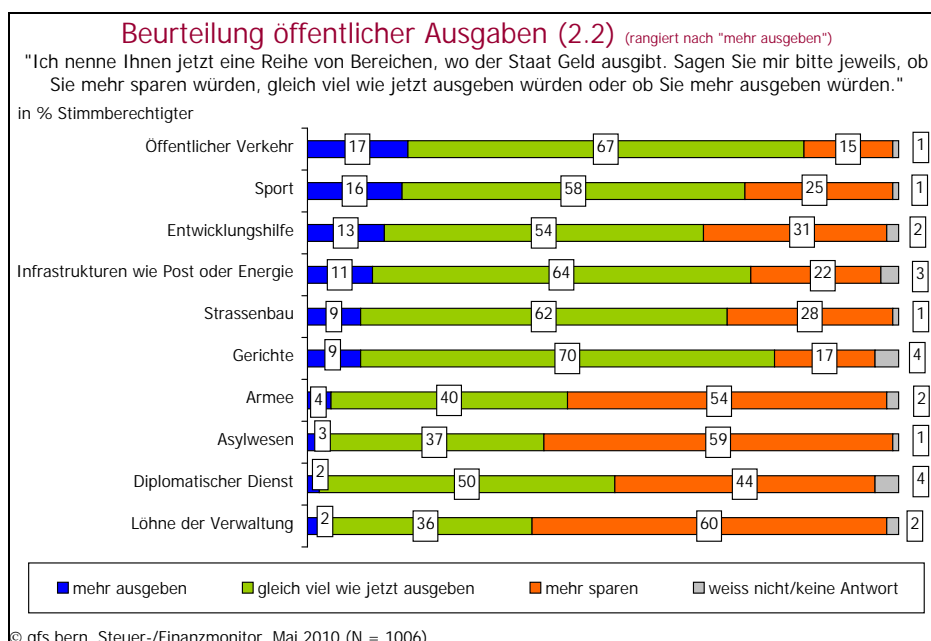
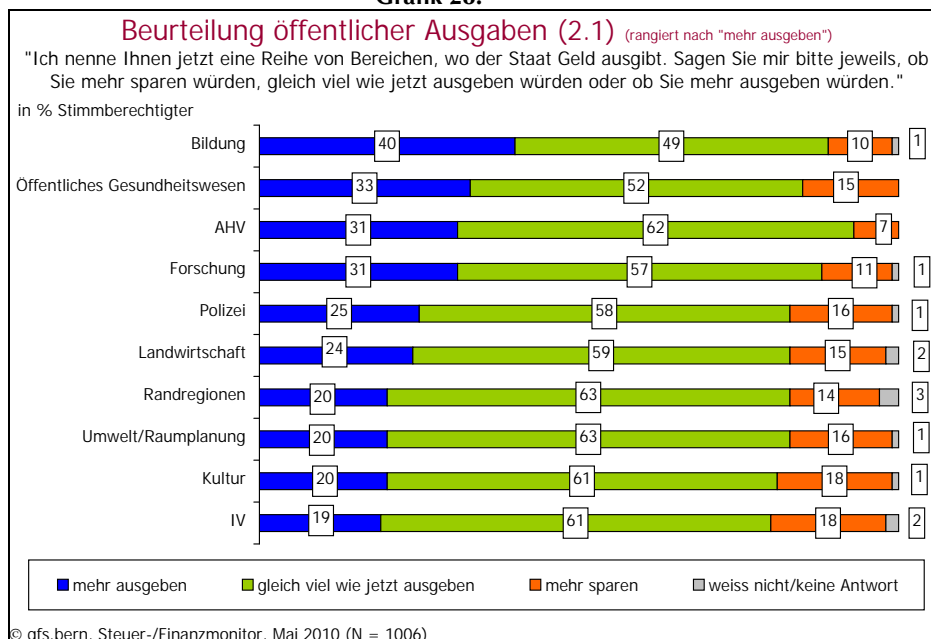
Grafik 27:



Für eine Reduktion der Ausgaben bei den Lohnkosten in der Verwaltung sprechen sich 60 Prozent aus, 59 Prozent möchten im Asylwesen weniger Geld ausgeben und 54 Prozent finden, dass man bei der Armee sparen könnte. Kürzungen beim Budget des diplomatischen Dienstes würden 44 Prozent begrüßen, die Mehrheit von 50 Prozent ist jedoch der Meinung, dass die gegenwärtige Höhe der Ausgaben hier gerade richtig ist. Das trifft auch auf die Ausgaben für die Entwicklungshilfe, den Strassenbau, den Sport, den Infrastrukturdienstleistungen Post und Energie, die Sozialversicherungen (IV, AHV), die Kultur, die Gerichte, die Polizei, die Umwelt und die Raumplanung, das Gesundheitswesen, die Landwirtschaft, den öffentlichen Verkehr, die Randregionen und die Forschung zu. In all diesen Bereichen hält mehr als die Hälfte der Befragten das heutige Ausgabeniveau für angemessen. Eine relative Mehrheit von 49 Prozent ist auch im Bildungsbereich mit dem Status Quo zufrieden, 40 Prozent wünschen aber hier ein grösseres finanzielles Engagement des Staates. Damit ist die Bildung der Bereich, bei dem am meisten Befragte Mehrausgaben

guteissen würden. Ihm folgen das öffentliche Gesundheitswesen, die AHV und die Forschung, wo jeweils rund ein Drittel der Stimmberechtigten für zusätzliche Mittel plädieren.

Grafik 28:

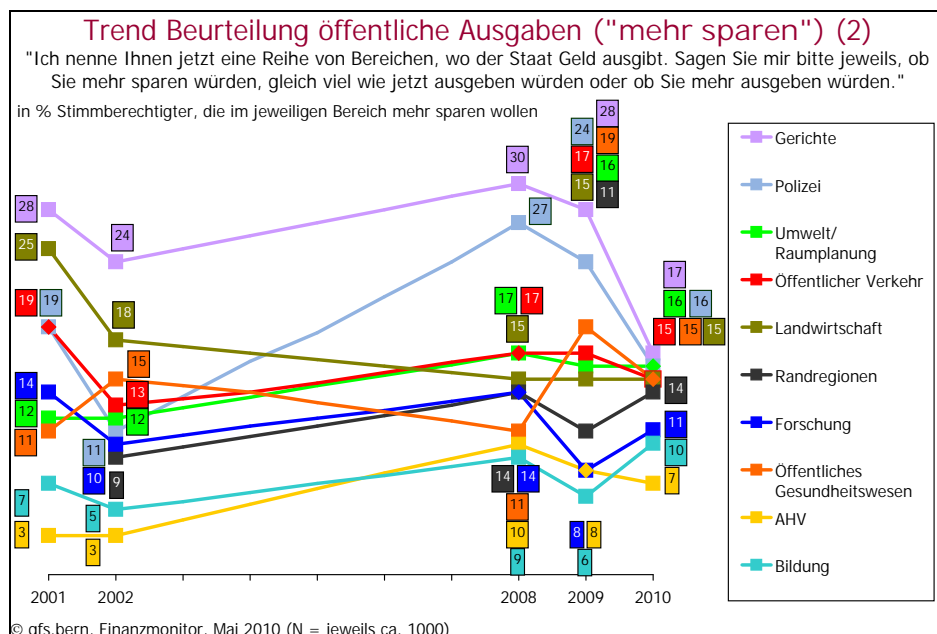
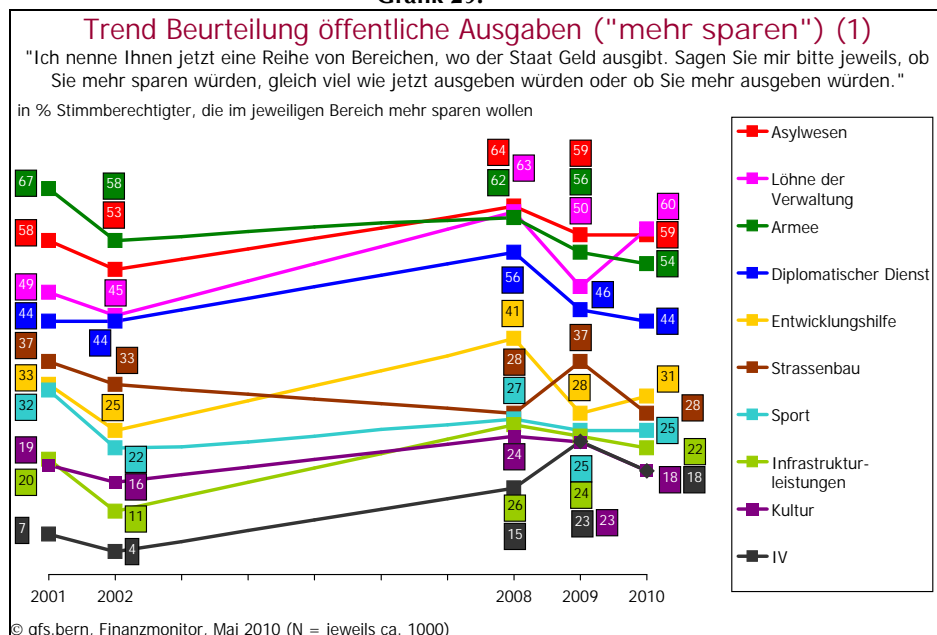


Politische Differenzen in Bezug auf bereichsspezifisch geforderte Sparanstrengungen sind bei der Armee, der Polizei, dem diplomatischen Dienst und der Entwicklungshilfe zu beobachten: Überdurchschnittlich häufig bei der Armee sparen möchten die AnhängerInnen der Grünen und der Sozialdemokratischen Partei, unterdurchschnittlich oft die SympathisantInnen der FDP und der SVP. Ein sehr ähnliches Muster zeigt sich für die Polizei. Auch beim diplomatischen Dienst will vor allem die Linke sparen, während bei der FDP sich hier unterdurchschnittlich wenige für Sparanstrengungen aussprechen, die SVP-Anhängerschaft befindet sich aber im nationalen Durchschnitt. Umgekehrt das Bild bei der Entwicklungshilfe: Hier ist es die SVP-Basis, die sich überdurchschnittlich oft für vermehrte Sparanstrengungen ausspricht, während sich die AnhängerInnen der anderen Parteien im nationalen Mittel bewegen. In Bezug auf bereichsspezifische Mehrausgaben sind politische Unterschiede bei der Bildung, der Forschung und der Kultur feststellbar: In allen drei Be-

reichen sind es vor allem die WählerInnen der linken Parteien aber auch der CVP und der FDP, die ein verstärktes finanzielles Engagement des Staates fordern, während die SVP-Basis sich in allen drei Bereichen deutlich unterdurchschnittlich für Mehrausgaben ausspricht.

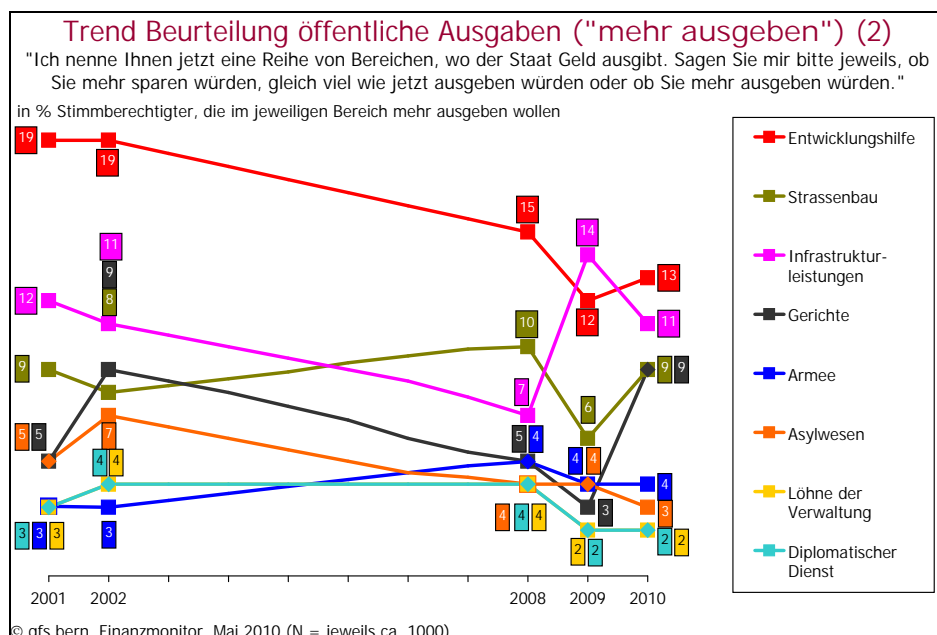
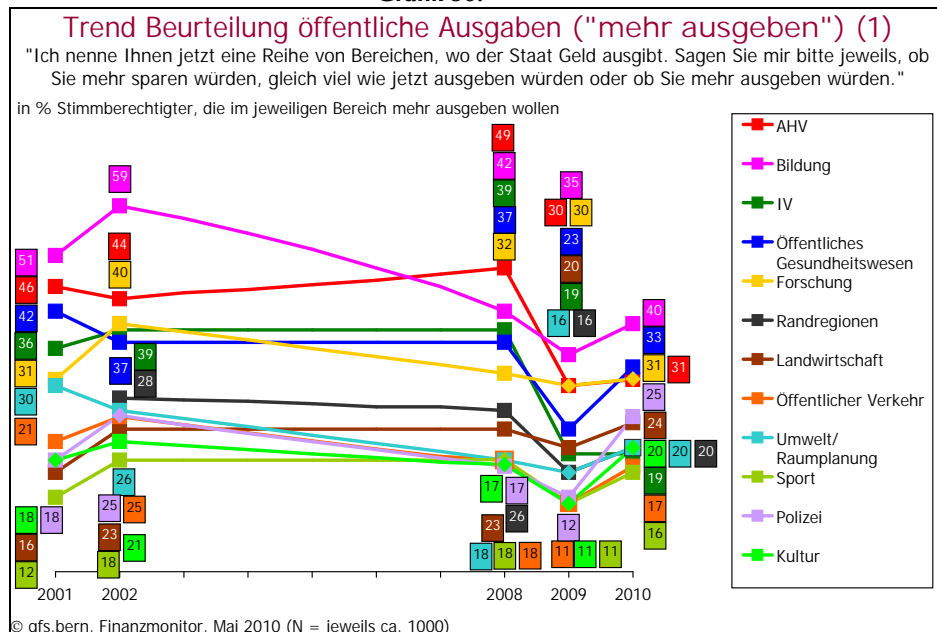
Im Vergleich zum vergangenen Jahr haben sich die Bevölkerungsanteile, die sich für eine Verringerung der Ausgaben einsetzten, leicht verkleinert. Am stärksten trifft dies auf die Gerichte (-11 Prozentpunkte), den Strassenbau (-9 Prozentpunkte) und die Polizei (-8 Prozentpunkte) zu. Es gibt aber auch Bereiche, wo die bevölkerungsseitige Sparneigung zugenommen hat. Dies betrifft insbesondere die Löhne der Verwaltung (+10 Prozentpunkte) und in eingeschränktem Masse aber auch die Ausgaben für die Bildung (+4 Prozentpunkte) sowie für die Forschung und die Randregionen (jeweils +3 Prozentpunkte).

Grafik 29:



Bezüglich spartenspezifischer Erhöhung der öffentlichen Ausgaben zeigt der Trend 2010 eher nach oben. In fast allen Bereichen wollen mehr BürgerInnen als im vergangenen Jahr, dass mehr Mittel eingesetzt werden. Am stärksten trifft dies auf die Polizei (+13 Prozentpunkte), das Gesundheitswesen (+10 Prozentpunkte) und die Gerichte (+6 Prozentpunkte) zu. Die Ausnahme bilden die Infrastrukturen Post und Energie, wo mit gegenwärtig elf Prozent drei Prozentpunkte weniger als letztes Jahr ein grösseres staatliches Engagement wünschen.

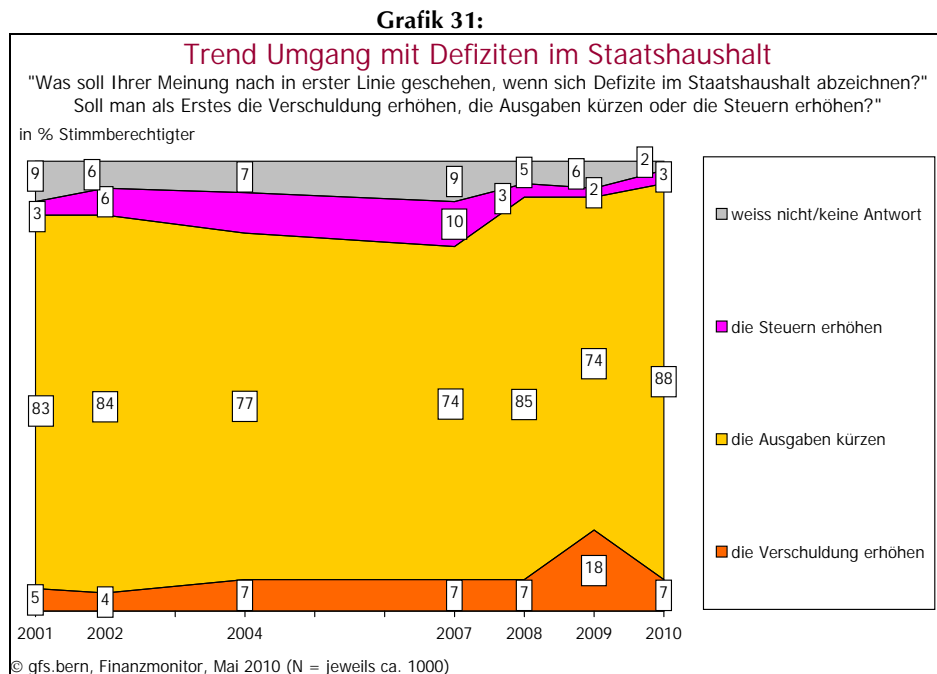
Grafik 30:



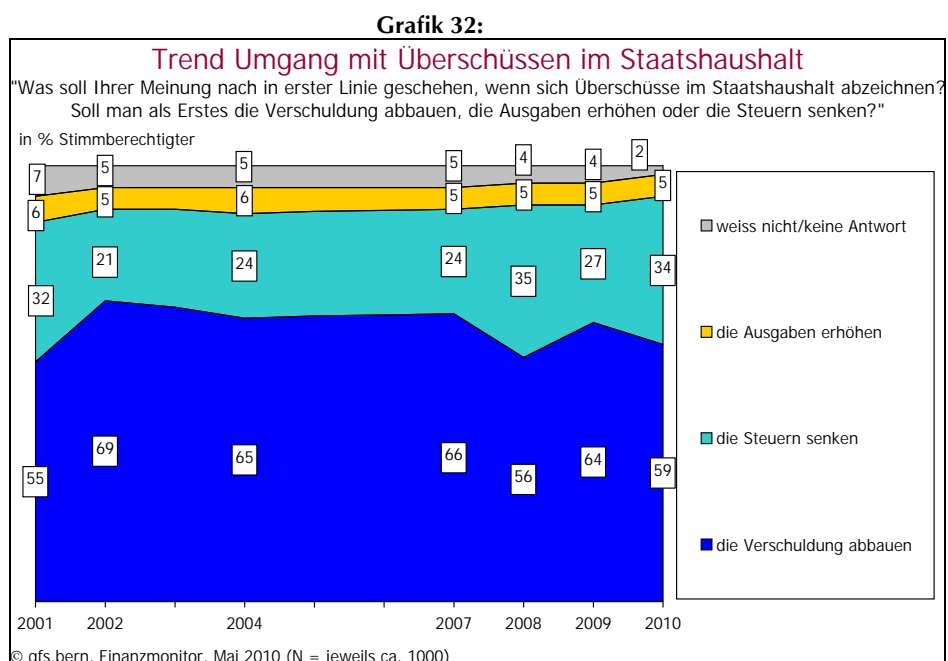
2.4.4. Prioritäten bei Defiziten respektive Überschüssen im Staatshaushalt

Der Budgetdisziplin wird von den Stimmberechtigten weiterhin grossen Wert beigemessen. Wenn sich im Staatshaushalt Defizite ankündigen, soll nach Meinung der grossen Mehrheit (88%) in erster Linie gespart werden. Für eine weitere Verschuldung des Staates sprechen sich lediglich sieben Prozent aus und nur drei Prozent möchten in diesem Fall,

dass die Steuern erhöht werden. Über die Zeit gesehen, bleiben diese Präferenzen weitgehend konstant. Und auch weder nach politischer Präferenz noch nach Sprachregion oder Einkommensschicht der Befragten betrachtet sind hierbei andere Prioritäten zu erkennen.



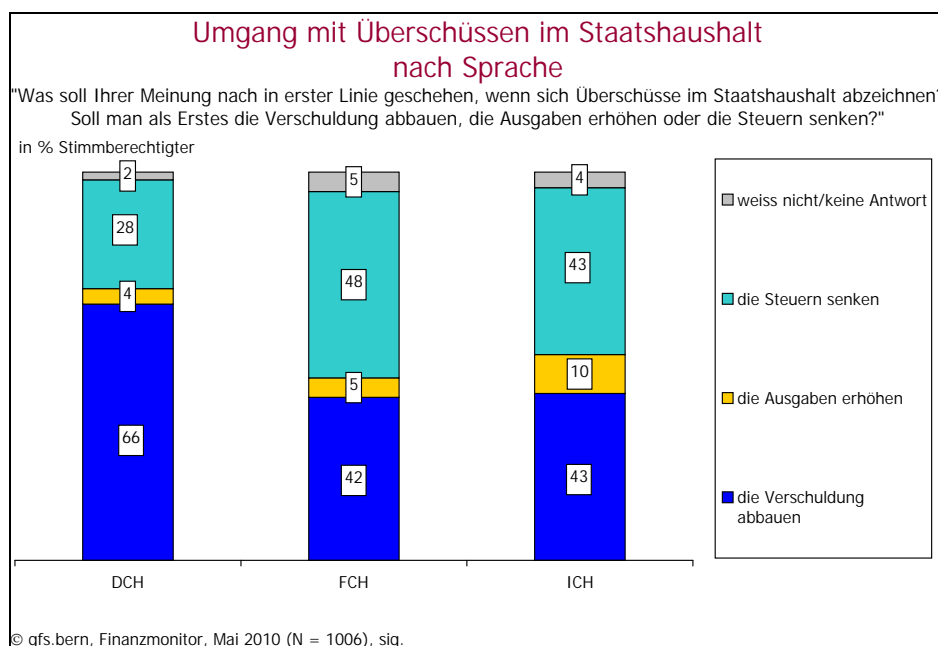
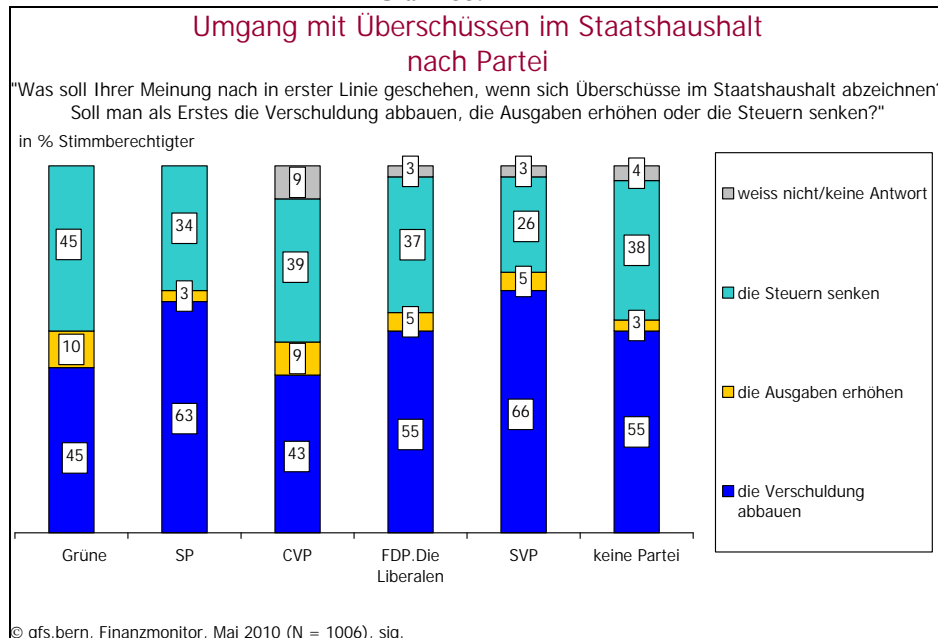
Etwas weniger klar ist, was bei Überschüssen geschehen soll: Schliesst die Staatsrechnung in den schwarzen Zahlen, sind 59 Prozent der Befragten in erster Linie für den Schuldenabbau, ein Drittel votiert aber für Steuererlasse. Klar ist, dass eine Erhöhung der Ausgaben in diesem Fall keine Option ist; hierfür sprechen sich lediglich 5 Prozent aus. Der Anteil, der sich im Falle von Überschüssen für Steuersenkungen ausspricht, wächst seit Beginn des Jahrzehnts langsam an, während die Zustimmung zum Schuldenabbau etwas erodiert.



Der Schuldenabbau bleibt in fast allen Parteilagern die wichtigste Priorität, lediglich bei den Grünen sprechen sich gleich viele für Steuersenkungen wie für den Schuldenabbau aus. Nach Sprachregionen betrachtet fällt auf, dass sowohl in der französisch- wie auch der

italienischsprachigen Schweiz mehr Stimmberechtigte für Steuersenkungen eintreten als in der Deutschschweiz. Keine Unterschiede in der Meinung, wie mit Überschüssen umgegangen werden soll, finden sich hingegen nach Einkommensschicht der Befragten.

Grafik 33:



2.4.5. Zwischenbilanz

- Die befragten Stimmberechtigten sind einerseits weiterhin mehrheitlich der Meinung, dass die Behörden wichtige Aufgaben vernachlässigen, andererseits ist eine gleich grosse Mehrheit, trotz in den letzten Jahren mit Überschüssen abschliessenden Staatsrechnungen, ebenfalls weiterhin der Ansicht, dass die Behörden die Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff haben.
- Vor diesem Hintergrund hat sich der Konsens unter den Stimmberechtigten weiter verbreitet, dass eine restriktive Finanzpolitik zurzeit die beste finanzpoli-

tische Strategie darstellt. So sind grosse Teile der Stimmberechtigten der Ansicht, dass man die Steuern senken sollte, um damit Druck auf eine Einschränkung der Ausgaben zu erhöhen. Steuererhöhungen und Aufgabenausweitungen werden hingegen fast einstimmig abgelehnt.

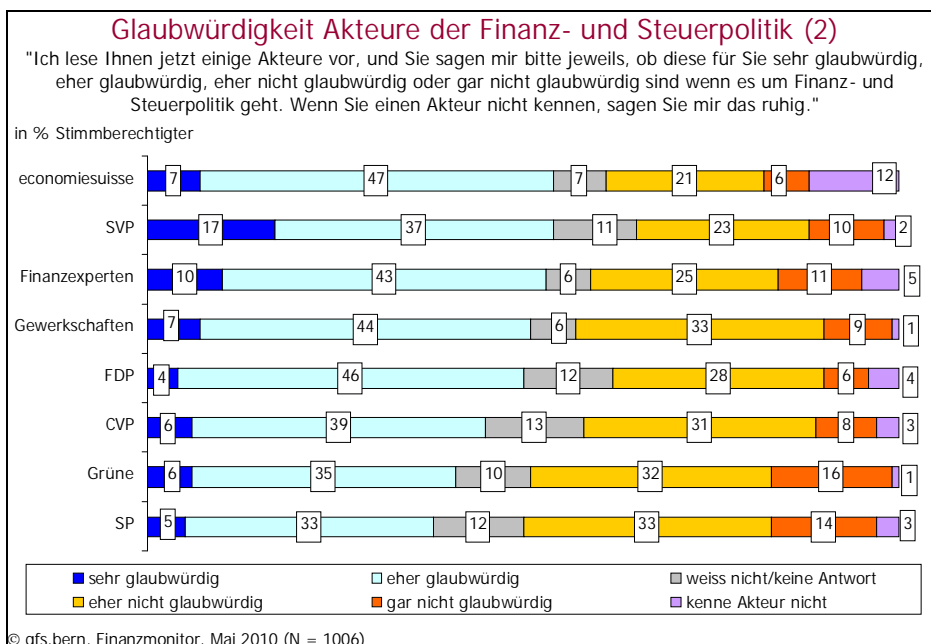
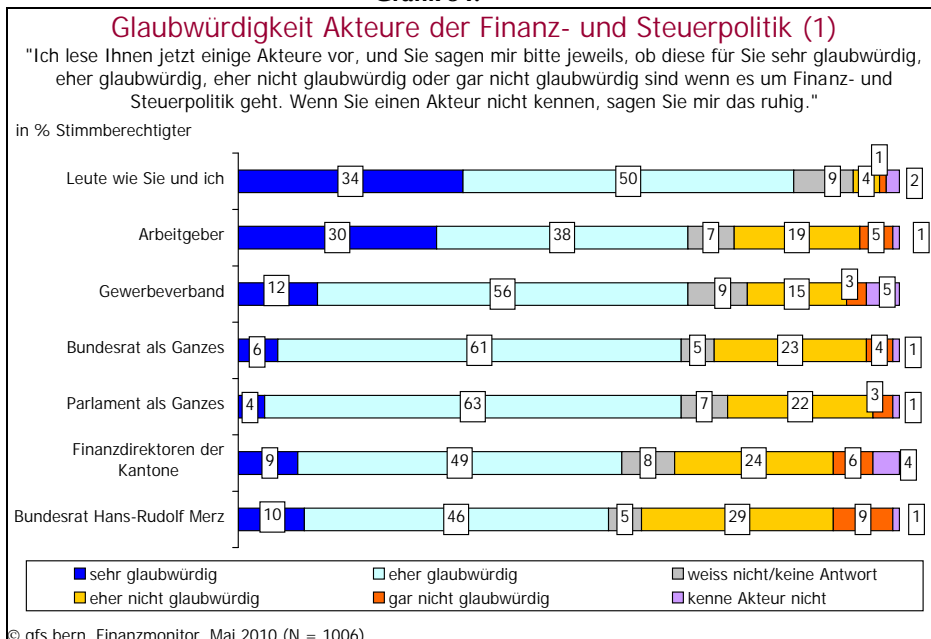
- Die Löhne der Verwaltungsangestellten, das Asylwesen und die Armee sind die Bereiche, in denen die Mehrheit der Befragten bei den Staatsausgaben sparen möchte. Mehrausgaben sind hingegen in keinem der abgefragten Bereiche mehrheitsfähig; bei der Bildung, dem Gesundheitswesen, der AHV und der Forschung sind die Anteile, die für Mehrausgaben votieren noch am grössten. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Bevölkerungsanteil, der sich bereichsspezifisch für eine Verringerung der Ausgaben ausspricht in den meisten Bereichen etwas rückläufig. Am stärksten trifft dies auf die Gerichte, den Strassenbau und die Polizei zu, wo neu weniger Befragte angeben, dass mehr gespart werden sollte. Im Gegenzug werden in fast allen Bereichen von etwas mehr BürgerInnen als im Vorjahr Mehrausgaben gewünscht. So unterstützen die Minderheiten mit rückläufigem Sparwillen zusätzliche Ausgaben insbesondere bei der Polizei, dem Gesundheitswesen und bei den Gerichten.
- Der Budgetdisziplin wird aber von den Stimmberechtigten weiterhin grosser Wert beigemessen: Wenn sich im Staatshaushalt Defizite ankündigen, soll nach Meinung der grossen Mehrheit in erster Linie gespart werden. Etwas weniger eindeutig ist, was bei Überschüssen geschehen soll: In einem solchen Fall ist die Mehrheit in erster Linie für den Abbau der Staatsschulden, ein Drittel votiert aber für Steuererlasse.

2.5. Die Beurteilung der Akteure in der Finanz- und Steuerpolitik

2.5.1. Die Glaubwürdigkeit der Akteure im Überblick

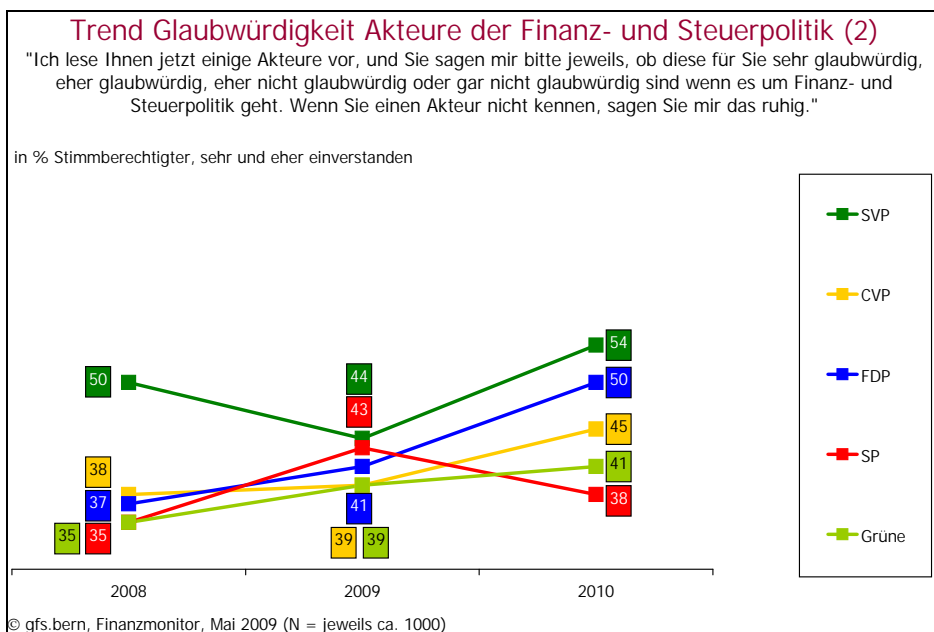
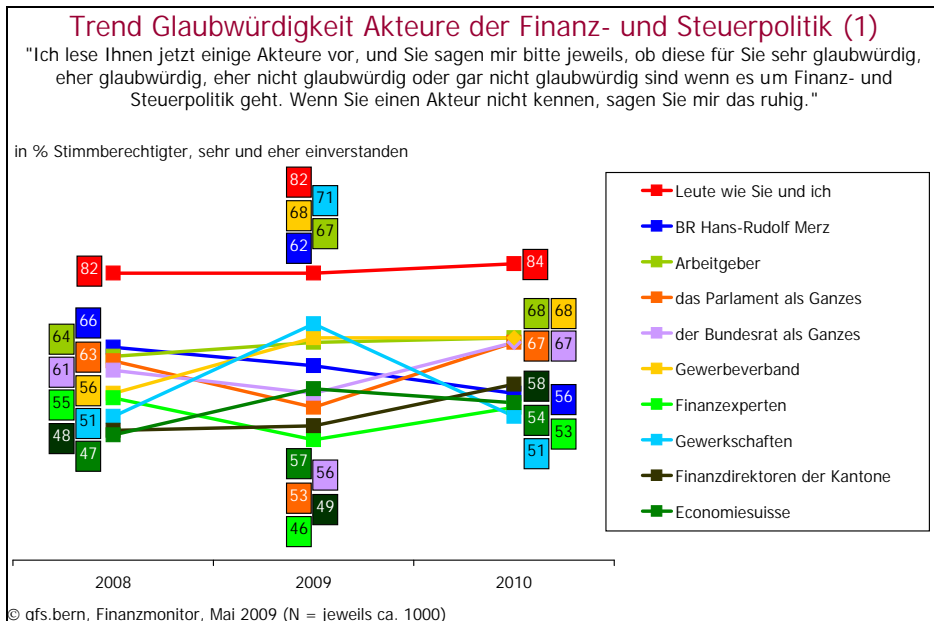
Weiterhin sind nach Ansicht der meisten Befragten "Leute wie Sie und ich", also die Bürger und BürgerInnen selbst, die mit Abstand glaubwürdigsten Akteure bei Fragen der Finanz- und Steuerpolitik. Insgesamt 84 Prozent der Befragten schreiben ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern hier Glaubwürdigkeit zu. Es folgen im Ranking bürgerlich geprägte Interessenvertreter wie der Arbeitgeberverband und der Gewerbeverband, welche beide von insgesamt 68 Prozent der Befragten als glaubwürdig eingeschätzt werden. Praktisch gleiche viele Befragte betrachten auch die nationale Exekutive (66%) und Legislative (67%) als glaubwürdig. Mit 58 beziehungsweise 56 Prozent etwas zurückversetzt folgen die FinanzdirektorInnen der Kantone sowie der Finanzminister Hans-Rudolf Merz, leicht vor *economiesuisse* (54%) und den Finanzexperten (53%). Weiter hinten liegen die Gewerkschaften (41%). Die politischen Parteien liegen mit Ausnahme der SVP, die als einzige Partei mit 54 Prozent noch klar mehrheitlich als glaubwürdig in finanzpolitischen Fragen betrachtet wird, noch weiter zurück. Die FDP wird von 50 Prozent der BürgerInnen als vertrauenswürdig eingeschätzt, die CVP von 45 Prozent, die Grünen von 41 Prozent. Mit 38 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die sie in der Finanzpolitik für glaubwürdig halten, bildet die SP das Schlusslicht der hier abgefragten Akteure.

Grafik 34:



Im Vergleich zu 2009 konnten vor allem die nationalen politischen Behörden sowie die Finanzdirektoren der Kantone sowie die Finanzexperten etwas an Glaubwürdigkeit zulegen. Die Verliererinnen des Jahres sind die Gewerkschaften, die am Anfang der Finanzkrise noch Aufwind verspürten, im Jahresvergleich nun aber 20 Prozentpunkte verloren haben. Insgesamt am wenigsten Glaubwürdigkeit wird der SP und den Grünen zugeschrieben.

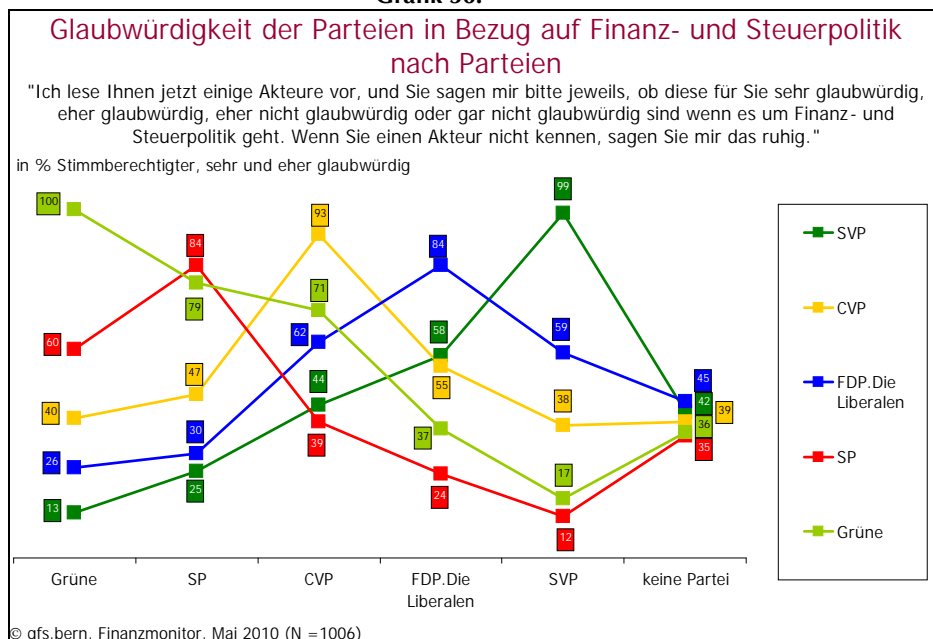
Grafik 35:



Mehr Stimmberechtigte als im vergangenen Jahr empfinden zudem die bürgerlichen Parteien und die Grünen als glaubwürdig in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik, die SP wird hingegen von etwas weniger Befragten als glaubwürdig erachtet, sie verliert aber mit fünf Prozentpunkten nicht so stark wie die Gewerkschaften.

Die Parteien rangieren also am Schluss des Rankings. Das ist weder neu noch themenbedingt. Der Hauptgrund liegt darin, dass sich die meisten Parteianhängerinnen nur an der eigenen Partei ausrichten und nur sie für glaubwürdig halten. So liegt jede Partei bei der eigenen Parteianhängerschaft weit vorne. SozialdemokratInnen schielen aber klar auch in Richtung grüner Finanzpolitik, das gilt aber auch für die CVP-Anhängerschaft. SVP und FDP orientieren sich wechselseitig aneinander, wenn es um fiskalpolitische Fragen geht.

Grafik 36:



2.5.2. Zwischenbilanz

- In Fragen der Steuer- und Finanzpolitik vertrauen die BürgerInnen vor allem sich selbst. So werden weiterhin "Leute wie Sie und ich" als die glaubwürdigsten Akteure in diesem Politikbereich beurteilt.
- Im Vergleich zum Vorjahr konnten vor allem die nationalen politischen Behörden, die Finanzdirektoren der Kantone sowie die Finanzexperten etwas an Glaubwürdigkeit gewinnen; stark verloren haben hingegen die Gewerkschaften, die zu Beginn der Finanzkrise noch Aufwind verspürten.
- Von den politischen Parteien wird Glaubwürdigkeit in Finanz- und Steuerfragen am ehesten noch den bürgerlichen Parteien zugeschrieben.

3. Die Synthese

Der Finanzmonitor wird vom Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag des Dachverbandes der Schweizer Wirtschaft economiesuisse im Jahresrhythmus durchgeführt. Er soll Auskunft darüber geben, wie die Schweizer Stimmberechtigten über generelle Fragen der Finanzpolitik denken, wie sie ihre Steuerlast empfinden und wie sie die wichtigsten Akteure in der Finanz- und Steuerpolitik beurteilen.

Die Analysen der letzten Jahre haben dabei gezeigt, dass die Schweizer Stimmberechtigten in ihrer Gesamtheit dazu tendieren, einer eher zurückhaltenden, konservativen Finanzpolitik den Vorzug zu geben. Dieser Befund wird auch aufgrund der Ergebnisse der diesjährigen Befragung bestätigt. Die Schweizer Stimmberechtigten votieren heuer noch geschlossener als in den vergangenen Jahren für Steuersenkungen und damit verbundenen Einschränkungen der durch den Staat wahrgenommenen Aufgaben. Steuererhöhungen und Ausweitungen der durch den Staat zu übernehmenden Pflichten werden dementsprechend fast einstimmig abgelehnt. Klar ist in den Augen der Stimmberechtigten auch, was bei sich abzeichnenden Defiziten im Staatshaushalt geschehen soll: In einem solchen Fall möchte der allergrösste Teil der Befragten, dass die Ausgaben gekürzt werden und gespart wird. Steueranhebungen oder die Vergrösserung der Staatsverschuldung würden nur von einer marginal kleinen Minderheit gebilligt.

Bereiche, in denen nach Ansicht der Mehrheit der Stimmberechtigten gespart werden sollte, sind die Löhne der Verwaltungsangestellten, das Asylwesen und die Armee. Für bereichsspezifische Mehrausgaben sind hingegen keine Mehrheiten auszumachen. Am häufigsten damit einverstanden, dass mehr Mittel als bisher eingesetzt werden sollten, ist man noch bei der Bildung, dem Gesundheitswesen, der AHV und der Forschung. In Bezug auf die Beurteilung der Opportunität von bereichsspezifischen Sparanstrengungen beziehungsweise zusätzlicher finanzieller Unterstützung fällt aber auf, dass sich im Vergleich zum Vorjahr fast in allen Bereichen die Bevölkerungsanteile, die verstärktes Sparen fordern, einerseits verkleinert haben, andererseits jene, die Mehrausgaben verlangen, vergrössert haben. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu der sich sonst überall abzeichnenden Tendenz zu restriktiverem Umgang mit den Staatsfinanzen.

Dass eine restriktive Finanzpolitik in der Stimmbevölkerung grossen Rückhalt geniesst, zeigt auch die Popularität eines ihrer wichtigsten Instrumente: Die 2003 in Kraft gesetzte Schuldenbremse soll nach Ansicht fast aller Stimmberechtigter beibehalten werden, auch wenn die Effektivität dieses Instrumentes von einer Mehrheit bezweifelt wird. Der Sparwille der Stimmberechtigten hat auch Grenzen: Der Vorschlag einer Übertragung des Schuldenbremseprinzips auf die Sozialversicherung ist gesamtschweizerisch gesehen nicht mehrheitsfähig. Der Mehrheit der Stimmberechtigten erscheint dies zurzeit nicht sinnvoll. Allerdings kommt diese Mehrheit nur mit Hilfe der DeutschschweizerInnen zu Stande, in der lateinischen Schweiz votiert eine Mehrheit für die Schuldenbremse bei AHV und IV.

Der verstärkte Ruf nach Steuersenkungen kommt nicht, wie man allenfalls vermuten könnte, aufgrund einer verstärkt empfundenen Steuerlast zustande. Im Gegenteil: Die subjektiv empfundene Belastung des Haushaltsbudgets durch die Steuern wird von der Mehrheit der Stimmberechtigten aktuell als eher kleines oder gar kein Problem bezeichnet. Der Anteil derjenigen, welche die Steuerlast eher oder als grosses Problem empfinden, hat sich zum zweiten Mal nacheinander reduziert und umfasst gegenwärtig noch rund zwei Fünftel der Stimmberechtigten. Leicht verbessert hat sich auch die Einschätzung der Austauschrelation

zwischen Bürger und Staat: Ebenfalls zum zweiten Mal in Folge hat sich der Anteil der BürgerInnen, die das Gefühl haben, vom Staat etwa gleich viel an Leistungen zu erhalten, wie sie durch ihre Steuern und Abgaben bezahlen, etwas vergrössert. Im Gegenzug hat sich der Anteil derjenigen, die das Gefühl haben, weniger vom Staat zu bekommen, als sie an ihn leisten, vergrössert. Beide Einschätzungen halten sich nun aktuell die Waage.

Das sich restriktive finanzpolitische Rezepte im Ansehen der Stimmbevölkerung im Aufwind befinden zeigt sich auch in der Beurteilung der Vertrauenswürdigkeit der verschiedenen Akteure: Im Gegensatz zu anderen Politikbereichen trauen sich die Stimmbürgerinnen und -bürger am ehesten selbst zu, in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik angemessene Urteile zu fällen. Des Weiteren orientiert man sich in diesen Fragen am ehesten an bürgerlichen Wirtschaftsverbänden, dem Staat und an (rechts-)bürgerlichen Parteien. Linke finanzpolitische Rezepte habe es gegenwärtig schwer. So haben exemplarisch die Gewerkschaften, die im Zuge der letztjährigen Finanz- und Wirtschaftskrise noch einen starken Glaubwürdigkeitsgewinn verzeichnen konnten, wieder deutlich an Glaubwürdigkeit eingebüsst.

Abschliessend sollen die eingangs formulierten Hypothese diskutiert werden: Die Hypothese 1 lässt sich eindeutig bestätigen. Die langfristige Ausrichtung der Finanzpolitik scheint den Befragten wichtiger als die kurzfristigen globalen Einflüsse. Die Prädisponierung der StimmbürgerInnen wirkt letztlich wie erwartet. Die Interessen der BürgerInnen an einem schlanken Staat erweisen sich als bestimmend und ziehen sich wie ein "roter Faden" durch alle Befunde. Ausnahmen gibt es wenige, sie betreffen vor allem die AHV und den Bildungsbereich. Die schwachen Hinweise auf eine weniger restriktive finanzpolitische Gesinnung von 2009 können damit weitgehend relativiert werden. Auch für die Zukunft ist also mit einer überwiegenden Zustimmung zu einer restriktiven Finanzpolitik zu rechnen.

Die Hypothese 2 kann hingegen nicht bestätigt werden. Von den Befunden her zeigt sich, dass die generelle Schuldenbremse zwar sehr populär ist, die Ausweitung des Prinzips auf die Sozialwerke aber nicht. Daraus lässt sich aber nicht schliessen, dass die Übertragung des Schuldenbremseprinzips auf weitere Bereiche generell abgelehnt wird. Aufgrund dieser Erkenntnis lassen sich neue Hypothesen ableiten: Möglicherweise gibt es einen generellen Unterschied bei der Beurteilung der Schuldenbremse, je nach dem ob man generell oder bereichsspezifisch entscheidet. Begründet werden könnte dies damit, dass die Verteilungen der Budgets innerhalb des gesetzten Rahmens eine Sache des Parlaments ist und bleibt. Oder aber man begründet das so, dass man nicht will, dass einzelne Bereiche mit speziellen Instrumenten eingeschränkt werden, wenn das bei anderen Bereichen nicht der Fall ist, und dafür die sozialpolitischen Sensibilitäten (siehe AHV) viel zu ausgeprägt sind, als dass man gerade hier beginnen könnte. In jedem Fall ist die Meinungsbildung dazu noch zu wenig stabilisiert, weshalb keine weiteren Schlüsse daraus gezogen werden können.

Das gfs.bern Team

[Identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler, Institutsleiter, Verwaltungsrat.

Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen, Parteien, politische Kultur, politische Kommunikation, Lobbying, öffentliche Meinung, Rassismus, Gesundheits- und Finanzpolitik.

[Identität]



MATTHIAS BUCHER

Sozialpsychologe, Projektleiter.

Schwerpunkte: Einstellungsforschung, Gesellschaftsthemen, Abstimmungen, Wahlen, Ad-hoc-Studien, quantitative Methoden.

[Identität]



STEPHAN TSCHÖPE

Datenanalytiker/Programmierer.

Schwerpunkte: Komplexe Datenanalytik, EDV- und Befragungsprogrammierungen, Hochrechnungen, Parteienbarometer, Visualisierung.

[Identität]



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administratorin.

Schwerpunkte: Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration.